

Elbecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Elbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesetzte Petizelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238.

Dienstag, den 11. Oktober 1910.

17. Jahr.

Hierzu eine Beilage.

Deutsche Rechtssicherheit.

dv. Die Rechtssicherheit eines deutschen Staatsbürgers beginnt ungefähr in Argentinien oder Marokko. Jeder Abenteurer, dem in irgendeinem wilderen Lande einmal die Haut gerichtet wird, vielleicht weil die Einheimischen über seine allzu preußischen Ansprüche anderer Meinung waren, hat die ganze schimmernde Wehr hinter sich. Die aldeutschen Patrioten schlagen, zum Schutz des Deutschen im Auslande, nationale Lärme. Und wenn das Ausland nicht enorme Summen bereitwillig zahlt und die Schulden der Verleihung preußisch-deutscher Würde unerbittlich strafen, werden ihm kriegerische Expeditionen in Aussicht gestellt. Aber nur drücken wacht man über seinem geliebten Haupt, und wäre es der Schädel eines Freibeuters zweifelhaftester Art. Hingegen ist der Deutsche, vornehmlich der Preuze, im Vaterlande selbst ohne die mindeste Rechtssicherheit. Er hat von seiner eigenen Regierung, seinen eigenen Behörden mehr zu fürchten als von irgendinem Feinde, der in das Land einsällt. Gegen den Feind kann er sich bewaffnen, und der Feind ist gebunden an das Völkerrecht. Im Frieden aber hat er sich wehr- und waffenlos jeder Gewalt vollkommenen Willkür auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Es gibt kein Recht, kein Gesetz, keine Verfassung in Preußen-Deutschland, die so fest gewurzelt wären, daß niemand sie mehr anzutasten wagte. Ein Windhauch souveräner Laune, ein Pfiff, ein telephonischer Ruf, um die Jahrhundertelangen opferreichen Kämpfe um den modernen Rechts- und Verfassungsstaat sind umsonst gewesen. Der Urzustand kehrt wieder. Und der friedliche Bürger, der vom Kopf bis zum Fuß, von der Wiege bis zum Grabe, vom Morgen bis zum Abend und vom Abend bis zum Morgen eingehetzt ist von einer unübersehbaren Fülle von Strafgesetzen und Polizeiverordnungen, sieht über sich eine Gewalt, die sich schlechtdings an kein Recht gebunden fühlt, wenn sie anders will.

Diese unerbittliche Erkenntnis, daß wir in Preußen-Deutschland noch unterhalb des primitivsten Rechtsstaates leben, ist der Gewinn jener theoretischen Phantasie und jenes praktischen Versuchs des Bürgerkriegs, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit der Welt auf die preußisch-deutsche Barbarei gelenkt haben: des militärischen Erlasses, der nur zufällig den Namen des Generals v. Bissing trägt, und der Moabiter Polizei ist lächerlich.

Das Bissingsche Birkular hebt nicht nur die Verfassung, sondern den gesamten Rechtszustand auf, wenn es der Militärbehörde scheint, als ob irgendwo „Unruhen“ bestünden. Die Verfassung wird beseitigt. Die Unverletzlichkeit der Abgeordneten wird aufgehoben. Die Grundbegriffe des modernen Strafrechts werden zerstört. Keine Verfolgung ohne Delikt — dieser erste Rechtsgrundzustand existiert für die Militärwelt nicht. Man kann bestraft, verhaftet, auf der Stelle hingerichtet werden, nur weil man einem bestimmten Beruf angehört; und all dies ohne ein Rechtsverfahren bescheidenster Art. Auch das Eigentum ist aufgehoben. Es kann unbeschränkt zerstört werden. Und selbst die Genfer Konvention, die den Krieg ein wenig zu sitzen sucht, ist von dem Urheber des Bissingschen Erlasses gegenüber dem eigenen Staats- und Stammesgenossen aufgehoben: Pardon wird nicht gegeben. Wir sehen schon ordentlich die künftigen Abhandlungen preußischer Rekonjuristen, daß die Genfer Konvention natürlich nur für den nationalen Feind im Kriege, aber nicht für den inneren Feind im Bürgerkriege, nur gegen den Bewaffneten, aber nicht gegen den Unbewaffneten rechtens sei.

Wie leicht aber der Begriff von „Unruhen“ in Preußen erfüllt sein kann, das haben wir ja eben auch schaudernd erlebt. Die berechtigte Erbitterung, die entsteht, wenn Streikbrecher gesindel unter Polizeischutz die Grundlage aller sozialen Gesetzung, die Solidarität, verschönern darf — ein kleiner Krakeel radikalistiger Elemente, zu dessen unblutiger Unterdrückung ein Dutzend sozialdemokratischer Ordner genügt hätte, bot der reichshauptstädtischen Polizei ausreichenden Anlaß, um tagelang in einem ganzen friedlichen Stadtviertel einen Browningskrieg zu führen, auf das Passieren einer Strafe, ja auch das Öffnen von Fenstern die Todesstrafe zu sezen und sie aufs Geratewohl auch gleich zu vollstrecken. Sogar die journalistische Pflicht der Berichterstattung wurde mit dem Tode bedroht und mit brutalen Misshandlungen tatsächlich verhindert. Preisen wir das Geschick, daß wenigstens ein paar kommandierende Generale des Auslandes zu den Opfern zählen, die solches Vorgehen nach der Verwahrung ihrer heimlichen Sitten als ungewöhnlich empfanden, protestierten und alarmierten, während die deutschen Hungerkandidaten und Berufsvorleser die gräßige Strafe stumm hielten hinnehmen müssen.

Nichts wäre aber törichter, als diese kreischenden und mordwahnhaften Verstörungen des Rechtsstaates und der Rechtssicherheit als seltene und äußerste Ausnahmen zu machen und aufzufassen. S in Gegen teil, die verwegenen Tobsüchte des Militärirkulars und dessen vorläufig zivile Ausprobierung in Moabit sind nur dadurch möglich geworden, daß auch in alltäglichen Frieden die Rechtssicherheit dauernd mißachtet wird. Jeder Bürger läuft Gefahr, von einem Wachposten wie ein toller Hund niedergeschossen, von einem Polizisten lebensgefährlich mißhandelt zu werden. Ja, wir haben ein ganzes Gebiet des öffentlichen Rechts, in dem die prinzipielle Rechtssicherheit geradezu in ein abgefeinutes System gebracht ist: die Pressefreiheit. Die Bekleidungsparagraphen sind im Verein mit dem Gotteslästerungs- und Majestätsparagraphen ein unerschöpflicher Quell richtlicher Willkür. Der Begriff der formalen Bekleidung, der Verleihung der Ehre durch nicht erwieslich wahre Tatsachen ist ganz und gar unbestimmt. Der Richter, der in solchen Fällen urteilt, gibt im Augenblick des Urteils zugleich ein neues Gesetz, das die Strafbarkeit des besonderen Falles erst vorsieht. Es ist die Vermischung der gesetzgeberischen und richterlichen Gewalt, die in dieser Rechtspraxis enthalten ist. Sene Vermischung also, deren Aushebung eine der bedeutsamsten Kulturleistungen der modernen Rechtsentwicklung gewesen ist. Die Absicht der Bekleidung festzustellen, hängt von dem Gemüt des Richters ab. Und wenn das Gegenteil der Absicht deutlich ausgesprochen ist, so hat man noch immer den Eventualabsolus. Wir kennen auch die Kollektivbekleidung; das Heer, das Offizierkorps, die Gesellschaft, ja, die Landräte und Nachtwächter insgesamt können sich beleidigt fühlen. Wir haben auch die Erbsünde des Redakteurs erlebt: die Anecknung von Verstrafen der Vorgänger. Wenn von hundert Behauptungen neunundneunzig bewiesen, eine nicht völlig bewiesen werden kann, so gilt der Wahrheitsbeweis als nicht erbracht. Fürchtet man, daß alle hundert Behauptungen bewiesen werden können, so vertauscht man die beiden Strafgesetzbuchparagraphen 186 und 185 und erklärt für ein strafbares formales Urteil, für das es keines Wahrheitsbeweises bedürfe, was in Wirklichkeit eine Behauptung von Tatsachen ist; hat man doch die Behauptung, daß die Soldaten in China geraubt und geschändet hätten, als formale Bekleidung gelegentlich abgeurteilt, ohne die Zulassung des Wahrheitsbeweises. Für die Verfolgung und die Höhe des Strafmaßes waltet ein geheimnisvolles geographisches und klassenpolitisches Schicksal. Fast nur in Preußen und in Sachsen werden Preßbekleidungen verfolgt, und fast nur die Arbeiterpresse. Wir kennen die Städte, in denen der Beruf eines Arbeiterredakteurs sich schwer strafbar zu sein scheint: Breslau, Königsberg, Erfurt und Braunschweig, das ja eine preußische Kolonie ist. Man hat sich so an diese Abwürfung der Pressefreiheit durch die Bekleidungsparagraphen gewöhnt, daß wir uns begnügen, die ungeheuren Summen von Gefängnis- und Geldstrafen nur noch ohne sonderliche Erregung mit einem gewissen Buchhaltungsinteresse, zu addieren. Ja, im Reichstag ruhen noch die Entwürfe, die bestimmt sind, die Rechtssicherheit noch mehr zu verminderen durch Schwächung der Rechtsgaranten, durch Einschränkung und Beseitigung des Wahrheitsbeweises.

Bissingsche Birkulare, Moabiter Polizeiübersätze, Verfolgungen und neue Verschlechterungen des Gerichtsverfahrens — das ist in unseren Zeiten die deutsche Rechtssicherheit!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Agrarier gegen den Bülowblock und für den Schnapsblock.

Die „Deutsche Tageszeit“ schreibt in Nr. 474 vom 8. Oktober:

„Immer wieder wird in mittelparteischen und nationalliberalen Blättern die Lösung ausgegeben: Zurück zum Block! Diese Lösung verrät eine fast unverständliche Kurzsichtigkeit und einen ungewöhnlichen Mangel an politischer Kenntnis. Der Block war ein Versuch, der vielleicht einmal gemacht werden konnte, dessen Bedeutung aber Torheit wäre. Die Geschichte der Blockpolitik hat denn doch schlagend für jeden, der seien kann und sehen will, bewiesen, daß es ein Versuch mit unglaublichen Mitteln an unglaublichen Objekten war.“

Grundsätzliche und steigende Weltanschauungsgegensätze lassen sich auf die Dauer nicht überbrücken. Man kann Parteien, die auf dem Boden verschiedener Weltanschauungen stehen, wohl zu einer gemeinsamen Arbeit zu einer gemeinsamen Abwehr von Fall zu Fall vereinen und sammeln: aber diese Sammlung zur politischen

Richtsmaur machen zu wollen, ist ein Unding. Die sogenannte Blockpolitik würde bei längerer Dauer entweder zu einer Politik der Grundzulässigkeit, der Misschmalerei, oder zur Unterdrückung des einen Blockflügels durch den anderen geführt haben.

Der Versuch der Wiederholung würde schon deswegen unmöglich sein, weil man weder auf der rechten Seite, noch auf der äußersten bürgerlichen Linken gewillt zu sein scheint, ihm mitzumachen.

Dazu kommt noch eines, daß nämlich die nächsten Aufgaben der Staats- und Wirtschaftspolitik von den Parteien des früheren Blocks gar nicht gemeinsam gelöst werden können. Oder glaubt man etwa, daß die Fortschrittliche Partei bereit sein werde, an einer vernünftigen Ausgestaltung des Zolltarifes und an dem erforderlichen Ausbau der Schutzzölle mitzuwirken? Hält man es für möglich, daß die genannte Partei den Kampf gegen die Sozialdemokratie so führen werde, wie es im Interesse der Staats sicherheit und der Monarchie nötig ist? Beide Aufgaben können, wie die Dinge unter Ausschaltung des Zentrums geführt werden. Das müssen schließlich auch diejenigen anerkennen, welche dem Zentrum grundsätzlich feindlich gegenüberstehen. Ein Block ohne das Zentrum würde weder im jetzigen noch im nächsten Reichstage positive Arbeit leisten können. Die Politiker und Blätter, die nach einer Wiederholung des Blockversuches rufen, zähmen das Pferd hinten auf.“

Koalitionsrecht und Eisenbahndirektion.

Gegen den Transportarbeiterverband und das Koalitionsrecht richtet sich folgende Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Königsberg:

Der deutsche Transportarbeiterverband hat neuerdings eine Invaliden(Pensions)-Unterstützung und eine Witwen- und Waisen-Unterstützung geschaffen, von denen er behauptet, daß sie erheblich günstiger seien, als die Leistungen der Eisenbahner-Pensionskasse. Die Leistungsfähigkeit jener Unterstützungsseinrichtungen ist durch das kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung in Berlin, also die höchstmögliche Stelle, die es gibt, geprüft worden und diese Behörde hat sich in einem eindeutig begründeten Gutachten im Ergebnis dahin ausgesprochen, daß die nach dem Statut zu leistenden Beiträge völlig unzureichend sind, daß die Unterstützungslandschaft sicherlich nicht in der Lage sein werden, die in Aussicht gestellten Leistungen dauernd zu gewähren, und daß offensichtlich Unterstützungen und Beiträge ohne Rücksicht auf Erfahrungsgrundlagen willkürlich aufgestellt sind.

Es wäre hier nach ein verhängnisvoller Fertum, anzunehmen, daß der Deutsche Transportarbeiterverband durch die zweifellos lediglich zu Werbezwecken eingeführten Unterstützungsseinrichtungen imstande sei, einen Erfolg für die Leistungen der Arbeiterpensionskasse zu bieten und es wird hiermit von neuem eindeutig davor gewarnt, sich durch die angeblichen Vorteile aus den völlig leistungsunfähigen Unterstützungsstellen zum Beitritt der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der nunmehrlich die Dienstentlassung nach sich ziehen würde, verleiten zu lassen.

Bekanntlich ist den Arbeitern das Koalitionsrecht geschlich gewährleistet. Das Vorgehen der Eisenbahndirektion Königsberg ist demnach ungeseztlich. Aber das kümmert die Herren nichts. Nur die Arbeiter müssen die Gezeuge beachten.

Ausnahmezustand in Halle.

Die Polizei in Halle a. S. hat ihr Vorgehen gegen das Reichsvereinsgesetz in einer solchen Weise ausgedehnt, daß nunmehr die gesamte organisierte Arbeiterschaft dort selbst unter einer Art Belagerungszustand gestellt erscheint. Mit einer Übermacht der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, der 5800 Mitglieder zählt, begann die Aktion der Polizei. Sie argumentiert, daß die Mitgliederzahl zu groß, die räumliche Ausdehnung des Vereins zu weit (er erstreckt sich über den Reichstagswahlkreis Halle) und der innere Zusammenhang zu lose sei, als daß hierdurch der Begriff des Vereins gegeben sei. Eine zweite Versammlung des Vereins wurde da die Überwachung nicht gebündelt ward, aufgelöst, obwohl hier, wie bei der ersten, strenge Mitgliedsbuchkontrolle durchgeführt worden war. Nun beriefen die Parteidienstgenossen durch vertrauliche Einladung eine Versammlung ein, die von 1000 Personen besucht war und von der die Polizei einen General-Bewerbs gesetzert, daß der Verein eine lebhafte Organisation besitzt. Trotzdem wurde auch diese Mitgliederversammlung gesprengt. Doch nicht genug damit, auch in die gewerkschaftlichen Mitgliedervereinigungen drängten die Polizei ein, um zu überwachen. Das geschah in den letzten Tagen bei zwei Versammlungen der organisierten Metallarbeiter die zur

angestrebten Aussperrung Stellung nehmen sollten. Hier "rechtsfertigt" die Hallese Polizei ihr ganz offenkundig rechtswidriges Vorgehen in gleicher Weise wie beim Sozialdemokratischen Verein. Statt sich nun auf die Ausrolung der Prinzipienfrage zu beschränken, und die Entscheidung höherer Instanzen abzuwarten, die nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes für die Arbeiterschaft ausfallen müssen, droht die Polizei ständig mit Anwendung von Gewalt. Fast allabendlich ist der Volkspark, das große Versammlungslokal der Hallese Arbeiterenschaft, förmlich belagert von Polizisten. Kommissare und Inspektoren rücken mit 50, 60 und mehr Polizisten an und befehlen jeden Winkel des Grundstückes und auch der Nachbarhäuser. In die Versammlungen sucht man "Geheime" zu schicken, die bei Abweisung nachher in den Straßen die heimkehrenden Versammlungsbetreuer bestrafen. Radfahrer stehen bereit, um Hilfe zu holen. Und das alles, trotzdem bis jetzt auch nicht der geringste Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß die organisierte Arbeiterschaft von Halle von ihrer Polizei und Ruhe abgehen könnte. Allerdings wächst die Erregung täglich und bis in die weitesten Kreise hört man die Verurteilung dieses Willkürsystems aus sprechen. Es sind viele Beschwerden an die Aufsichtsbehörden abgegangen worden, doch bislang ist keine Antwort gekommen. Der "freisinnige" Oberbürgermeister von Halle, Dr. Röve, hat sich ausdrücklich mit den Maßnahmen der Polizei einverstanden erklärt. Die organisierten Arbeiter von Halle beugen sich dem gesetzwidrigen Regiment natürlich nicht. Sie denken nun die Polizei in noch höherem Maße als bisher zu beschäftigen. Der Sozialdemokratische Verein hat zu einem der nächsten Tage 21 Mitglieder-Versammlungen einberufen, die die Polizei natürlich, wenn sie konsequent sein will, überwachen muß. Die Genossen hoffen von dem unverständlichen Vorgehen der Behörde die günstigste Wirkung auf die Agitation für die kommenden Reichstagswahlen.

Die Deutsch-Sozialen und die Reichstagswahlen.

In Kassel ist die Liebermannsche Gruppe der Antisemiten zu ihrem Parteitag versammelt. Der Abg. Herzog, der ein Referat über die politische Lage hielt, schlug eine Resolution vor, in der verlangt wird, daß die bürgerlichen Parteien trotz mancher Gegensätze im Dienste des Vaterlandes zu gemeinsamer Arbeit zusammengehen und auch im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, gegen den "sozialdemokratischen Umsturz", treu zusammenstehen sollen. Der Grundfaß, bedingungslose Unterstützung jedes bürgerlichen Kandidaten gegen die Sozialdemokratie sei durch das Vorgehen der liberalen Parteien an vielen Orten zurzeit nicht mehr aufrechtzuerhalten. Vielmehr hielten es die Antisemiten der Selbstabstimmung und der nationalen Zukunftsarbeit wegen für notwendig, daß auch die rechtsstehenden Parteien sich den Liberalen gegenüber auf den Standpunkt der Leistung und der Gegenleistung stellen. Die Resolution wurde angenommen.

Ein Reichstagskandidat der Aktiengesellschaften.

Kürzlich ging die Nachricht durch die Presse, daß der frühere Posener Oberbürgermeister Wittling aus der Direktion der Nationalbank auszuscheiden gedenke und eine Kandidatur zum Reichstag übernehmen werde. Das gibt der "Neuen Zeitung" zu Lübeck, festzustellen, daß Geheimrat Wittling im Aussichtsrat von über 20 Aktiengesellschaften sitzt und daß ihm diese Aufsichtsräte eine Einnahme von etwa 200 000 Mark jährlich bringen.

Deutsche Redefreiheit.

Genosse Julius Bahleth, der ja auch den Lübecker Parteigenossen ein lieber Bekannter ist, sollte am Sonntag nachmittag in Neumarkt bei Dresden einen Vortrag über "Sozialismus in Amerika und Deutschland" halten. Bei Eröffnung der Versammlung verlangte der Überwachende von ihm eine Legitimation. Der amerikanische Pass wurde zurückgewiesen und ein Ausweis verlangt, daß Genosse Bahleth deutscher Staatsbürger ist. Als Bahleth einen solchen Ausweis nicht beibringen konnte, wurde ihm das Reden verboten. Die Genossen legten eine Viertelstunde später eine Vereinsversammlung an, um in geschlossenem Kreise den Vortrag zu hören. Die Polizei drang nach wenigen Minuten in den Saal und räumte ihn. Es bedurfte der Aufwendung aller Geduld, um die ausgeriegte Versammlung zu beruhigen. Aus Sorge kommt soeben ein polizeilicher Uta, nach dem Bahleth, falls er Montag dort zu reden versuchen werde, polizeilich entfernt wird. Julius Bahleth war deutscher Reichstagsabgeordneter in den Jahren 1874 bis 1877 und von 1878 bis 1881. Er ging dann nach Amerika, da ihm als Sozialistengesetz hier die Erfolge vermißt hatte und ist amerikanischer Staatsbürger geworden. Doch man kann ihn als "Ausländer" behandeln und verhindern, in Versammlungen zu reden, das charakterisiert so recht den preußischen Polizeigegist.

Kosten des Militarismus.

Wie der "Elsäßer" meldet, soll sich der Flurschaden im Manöverbereich des XV. Armeekorps (Elsäß-Lothringen) dieses Jahr auf 270 000 Mk. belaufen. Im vorigen Jahre betrug der Flurschaden, den die Manöver dieses Armeekorps angerichtet haben, nur 90 000 Mk. Die gewaltige Steigerung des Schadens soll durch das neue Verfestigungssystem, vor allen Dingen infolge des Eintritts der Infanterie, entstanden sein.

Konservative und Bund der Landwirte.

So sehr die konservative Presse davon überzeugt ist, daß Hansbund und Bauernbund nationalliberale Wahlorganisationen sind, so ehrig bestreitet sie, daß das Verhältnis zwischen Konservativen und Bund der Landwirte das gleiche sei. Die "Kreuzzeitung" zum Beispiel sagt darüber:

"Was die konservative Partei und der Bund der Landwirte einander sind, darüber besteht in deren Reihen keine Meinungsverschiedenheit mehr. Wirklich unerschöpfbar, dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufende Forderungen landwirtschaftlicher Freiheit hat sich die konservative Partei seit mit Erfolg widerstellt; ja hat aber noch das Verhältnis bestätigt, daß eine Interessenvertretung wie der Bund der Landwirte nicht praktisch anstreben darf, wenn sie tatsächlich etwas erreichen will, und der Bund der Land-

wirte erkennt vollkommen an, daß die konservative Partei dagegen stets genau so weit in der Fürsorge für die Landwirtschaft geht, wie es ihr die Rücksicht auf die anderen konservativen Stände und Erwerbskreise gestattet. Daraus ergibt sich ein Vertrauensverhältnis, das im heutigen Parteileben ohne Beispiel ist."

Diese Art der Ablehnung vermag in politisch geschulten Kreisen nur Heiterkeit auszulösen. Die meisten Mitglieder der konservativen Reichstagsfraktion sind nämlich gleichzeitig Mitglieder des Bundes der Landwirte und sind natürlich auch auf dessen Programm gewählt. In der Tat ist auch eine engere Verbindung nicht gut denkbar, als wie sie zwischen Konservativen und Bund der Landwirte besteht.

Handelskammer und Fleischsteuerung.

Eine bemerkenswerte Stellung gegenüber der Fleischsteuerung hat dieser Tage die Handelskammer für den Regierungsbezirk Kassel eingenommen. Referent war ein Industrieller namens Günther aus Schmalenberg, der den Agrarern und ihren Schuhpatronen in der preußischen Regierung gehörig auf den Pelz rückte. Besonders interessant waren die Ausführungen, die der Referent über die Schäden gemacht hat, die hohe Lebensmittelpreise infolge der naturnotwendig gleichzeitig eintretenden Unterernährung der Industrie zufügen:

"Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit gegenüber England und Amerika beruhte bisher mit daraus, daß die Löhne bei uns niedriger sind als dort. Die erholtende Fleischsteuerung habe aber unzweckhaft die Wirkung, daß die Löhne steigen müssen und dadurch wird Deutschlands Konkurrenzfähigkeit verringert, wobei besonders noch ins Gewicht fällt, daß England billigere Lebensmittelpreise hat als Deutschland. Der Zusammenhang der Lebensmittelpreise mit der Gestaltung der Löhne, sowie ihr Einfluß auf die Beamtengehälter und dass sowohl auch auf die allgemeinen Staatsausgaben wie auf die Handlungskosten habe sich gerade im Laufe der letzten Jahre klar herausgestellt. Mit dem Fortschritt der industriellen Entwicklung müsse eine Erhöhung des Fleischbedarfs Hand in Hand gehen und zwar nicht nur im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung, sondern absolut, denn größere Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Arbeiters ließen sich nur dann stellen, wenn zugleich seine Lebenshaltung und besonders seine Ernährung gehoben wird."

Diese unzweckhafte Auslassung eines Sachverständigen aus industriellen Kreisen bestätigt durchaus das, was die Sozialdemokratie immer bei Bekämpfung der Lebensmittelzölle angeführt hat. Interessant ist nur, daß hier ein Unternehmer und ihm folgend die Handelskammer die sozialdemokratischen Argumente akzeptiert. Die Handelskammer stimmte nämlich den Ausführungen des Referenten zu und nahm eine Resolution an, in der von der Regierung verlangt wird: "Zulassung der Einführung von argentinischem Fleisch in gefrorem Zustand, Öffnung der Grenzen zur Einführung von ausländischem Vieh unmittelbar in deutsche Schlachthöfe und Beseitigung der Zölle auf Futtermittel."

Die Garde ist nicht zum Totgeschossenwerden da.

Während der Befreiungskriege war eine Abteilung der Verbündeten in einem Gefecht in schwere Bedränngnis geraten, während weiter rückwärts ein russisches Garde-Kavallerieregiment unglücklich hielt. Als ein Offizier der sich mit Mühe halsende vordernen Abteilung den Kommandeur des Regiments um Hilfe bat, erhielt er die barsche Antwort: "Die russische Garde ist nicht zum Totgeschossenwerden da!"

An diese Affäre wird man unwillkürlich durch die Nachricht erinnert, daß die Kürassiere, weil sie im Felde unbrauchbar sind, endlich abgeschafft, aber das Gardedukorpsregiment, die Leibgarde der Kaiserin und noch ein Leibkürassierregiment erhalten bleiben sollen. Da es eine Gewissenslosigkeit wäre, das Gardedukorpsregiment usw. in Kürassierausrüstung ins Feld zu schicken, nachdem man weiß, daß Kürassiere im Kriege nicht mehr verwendbar sind, so bleibt nur der Schluß, daß man die bewußten Abteilungen im Ernstfalle einfach zu Hause lassen will. Es scheinen hier also mehr als zwei noch dazu sehr teure Kavallerieregimenter lediglich für Parade- und Hofszeremonien reserviert zu werden. Einerseits ist die Sache erfreulich, denn sie beweist, daß eine weitere Vermehrung der deutschen Kavallerie ein Skandalöser Zug wäre. Wenn die Militärverwaltung zwei Kavallerieregimenter vom Kriegsdienst entbinden kann, dann braucht sie gewiß keine Vermeidung der Reiterei. Andererseits muß man aber gegen die hinter dem Plane steckende Verschwörung der Steuergrößen des deutschen Volkes protestieren. Wünschen die Hohenzollern zwei Kürassierregimenter und eine Schwadron, die dem Volk gar nichts nützen und nur zur Erhöhung des Glanzes des Herrscherhauses da sind, dann mögen sie sie selbst bezahlen. Angesichts der hungrigen Kriegsinvaliden und angesichts der Tatsache, daß man angeblich nicht einmal Geld für die Aufbesserung der Mannschaftslöhne hat, sollte man Scherze wie die Reisetierung zweier Regimenter für den Hofdienst unterlassen.

Die sächsischen Fortschrittkräfte

hielten am Sonntag eine Vorstandssitzung des Landesverbandes in Dresden ab, in der folgende Beschlüsse über die Taktik der Fortschrittkräfte bei den nächsten Reichstagswahlen gesetzt wurden: 1. Den Parteigenossen wird empfohlen, überall da, wo eine entsprechende Organisation dies zuläßt, für die nächsten Reichstagswahlen Kandidaten aufzustellen. 2. Zur Vermeidung von liberalen Doppelkandidaturen soll von der Auflistung eigener Kandidaten abgesehen werden, wenn die national-liberale Parteileitung, eine dahingehende Verständigung gesucht hat und der Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittkräftlichen Volkspartei den betreffenden örtlichen Organisationen anheimgegeben hat, dem zu entsprechen. Dieser Beschluß besagt zwar nichts Neues, er bestätigt aber die Rechtschaffenheit des Freisiums.

Staatsgefährliche Grammophonplatten.

Die Berliner Polizei hat in einer Fabrik in der Pestalozistraße über 300 Platten, welche den "Sodalistenmarsch" und die "Internationale" enthielten, konfisziert. Kosatische Liebenswürdigkeiten. Drei bewaffnete russische Grenzposten kamen über die Grenze in dem Grenzort Brody und besuchten ein Lokal, in dem nur die Wirtin und ein Dienstmädchen anwesend waren. Die Russen bedrohten jene mit dem Tode, wenn sie nicht ihr gesamtes Geld herausgabe. Dem Dienstmädchen gelang es, die Gewehre der Gäste an sich zu nehmen und die Polizei zu rufen. Es entstand ein furchtbarer Kampf, bis schließlich die Russen überwältigt und verhaftet wurden. Diese und andere Russen sind bekanntlich die "Erbfreunde" der Deutschen!

Rußland.

Streikende als Sklaven behandelt. Am 30. September wurde Warschau durch die Alarmnachricht in Schrecken gesetzt: die Angestellten der elektrischen Straßenbahn streiken! Um zu würdigen, was das bedeutet, muß man bedenken, daß über Warschau noch immer der Belagerungszustand verhängt ist und daß durch ein spezielles Gesetz die Angestellten aller öffentlichen Verkehrsmittel mit den schwersten Strafen bedroht werden, wenn sie streiken. Zugdem streikten die Angestellten; die Stadt blieb ohne Straßenbahnverkehr. Die Aufrégung war also berechtigt und ängstliche Philister behaupten denn auch: das ist der Beginn einer neuen Revolution. Was nun folgte, dürfte indessen einzige in der Geschichte der Arbeiterbewegung dastehen. Die Polizei verhaftete sofort alle Angestellten. Am 1. Oktober fuhren nur einige Wagen der Straßenbahn, die von den Werkmeistern und Ingenieuren unter dem Schutz der Polizei geleitet wurden, während Bureaubeamte als Kondukteure figurierten. Am 2. Oktober aber wurde der Betrieb im großen Umfang aufgenommen; man sah die Führer und Kondukteure im Dienst, aber unter ganz besonderen Verhältnissen: neben dem Führer standen zwei Soldaten mit aufgespitztem Bajonet, auf der hinteren Plattform standen ebenfalls Soldaten: die Angestellten verrichteten den Dienst als Gefangene. Man hat die Verhafteten unter militärischer Bedeckung aus dem Gefängnis nach den Remisen geführt, hat sie hier gezwungen, die Wagen zu besteigen und den Dienst zu verrichten; am Abend wurden sie wieder in das Gefängnis geführt. So haben die zarischen Schergen ein Novum geschaffen: die Streikenden werden als Sklaven behandelt, die man zur Arbeit zwingt unter Anwendung der Militärmacht.

Die Ursache des Streiks waren rein wirtschaftliche Forderungen der Angestellten. Der elektrische Betrieb wurde vor zwei Jahren auf der Warschauer Straßenbahn eingeführt. Bald darauf kam es zu Konflikten mit den Angestellten in bezug auf die Arbeitsdauer, das Salär, die Gratifikationen, ärztliche Hilfe usw. Die Angestellten wurden eben hinten und vorne bestohlen und bestrogen. Als am 30. September die Vertraulentsleute der Angestellten den Vorgesetzten eine Beschwerdeschrift überreichten, wurden sie brutal beschimpft; das brachte den Becher zum Überlaufen, die Arbeit wurde niedergelegt. Nachdem dieser Zustand der Sklaverei vier Tage gedauert hatte, wurde den Gefangenen eröffnet, die Direktion erkläre sich bereit, ihre Forderungen zu prüfen und in kurzer Frist zu beantworten. Die Behörde versprach, daß niemand gemahrt werden soll und alle aus der Haft entlassen werden, wenn sie den Betrieb aufnehmen. Zur Bedingung wurde ihnen jedoch gestellt, daß sie um die Befreiung bitten. Die Angestellten antworteten: "Da wir nicht gebeten haben, daß man uns einkerkert, werden wir auch nicht um die Befreiung bitten." Man sah also davon ab und forderte nur die Unterschrift der Beamten, daß sie unter den Bedingungen, die die Direktion anbietet, den Dienst anzunehmen, was denn auch geschah. So besteht wohl Hoffnung, daß dieser in seiner Art einzige Streik den Angestellten schließlich doch zu ihrem Rechte verhilft. Unseren Schirmherrn dürfte vielleicht das Vorgehen der zarischen Behörden den Weg zur Lösung der Arbeiterfrage nach ihrem Sinne weisen: streikende Arbeiter werden zu Sklaven gemacht, die die Arbeit unter dem Zwange der Bajonette verrichten. Das Ei des Kolumbus ist gefunden. Der Arbeiterschaft aber sollte das Vorgehen der braven Straßenbahner in Warschau zum leuchtenden Beispiel werden. Sie haben gewußt, was ihnen bevorstand und haben trotzdem der Übermacht getrotzt. Man konnte sie ins Gefängnis werfen und sie zur Sklavenarbeit zwingen mit roher Gewalt, aber man konnte den Geist der Solidarität nicht brechen. Darin liegt die große Gewähr, daß eine solche Arbeiterschaft schließlich auch mit dem zarischen Regime fertig wird.

Venezuela.

Ein Putsch. Wie aus Maracaibo gemeldet wird, meuterten die Gefangenene des San Carlos-Gefängnisses und töteten mehrere Beamte. Unter den Gejagten befindet sich ein Bruder des Präsidenten Gomez. Die meisten Gefangenene, die zu den angesehensten Anhängern der Partei des früheren Präsidenten Castro gehören, sind entkommen. Man befürchtet den Ausbruch einer revolutionären Bewegung.

Die portugiesische Republik.

Das Programm der neuen Regierung enthält folgende Punkte: 1. Aufrechterhaltung der guten Beziehungen Portugals zu dem Auslande. 2. Unverzügliche Durchführung des radikal-republikanischen Programms in der Verwaltung des Landes. 3. Kostenlose Volks- und Hochschulbildung für jedermann. 4. Reorganisation der nationalen Verteidigungskräfte zu Wasser und zu Lande. 5. Dezentralisation der Kolonialverwaltung und Gewährung von Selbstregierung an die Kolonien. 6. Eine Rechtsreorganisation, die die Freiheit aller Staatsbürger garantiert. Hierzu ist die Abschaffung der Polizeigewalt bei Untersuchungsverhandlungen unbedingt notwendig. 7. Vertreibung der Mönche und

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 238.

Dienstag, den 11. Oktober 1910.

17. Jahrg.

Konsumenten-Genossenschaftliche Produktion in England.

Mit dem gewaltigen Ausbau der Eigenproduktion haben sich die englischen Konsumvereinsmitglieder eine ganz beträchtliche Verbesserung ihrer Lebenshaltung erzielt. Im Jahre 1909 produzierten die britischen Konsumgenossenschaften und deren beide Großeinkaufsgesellschaften in ihren eigenen Produktionsbetrieben für 460 000 000 Mk. Waren, die deutschen dagegen mit 53 000 000 Mk. nur knapp den achten Teil der britischen Genossenschaftsproduktion. Der Warenumsatz der britischen genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften betrug 650 000 000 Mk. und der der deutschen Großeinkaufsgesellschaft erst 74 000 000 Mk.

Die größere der britischen Großeinkaufsgesellschaften ist die der englischen Konsumgenossenschaften mit reichlich 450 Millionen Mark Jahresumsatz, die aus vier großen Bezirkszentralen in Newcastle, Liverpool, London und Manchester besteht. Die Manchester-Zentrale ist die größte und der eigentliche Sitz der englischen Großeinkaufsgesellschaft. Von der nach deutschen Begriffen ganz außerordentlichen Größe zeugt die Tatsache, daß in dem Hauptkontor derselben allein 600 männliche und weibliche Angestellte mit Kontorarbeiten und im Lager 400 männliche und weibliche Angestellte beschäftigt werden müssen. Die hier befindliche Bankzentrale hat bereits einen Bankumsatz von über 3 Milliarden Mark zu verzeichnen. 32 Direktoren haben in beinahe ununterbrochen stattfindenden Sitzungen alle Hände voll zu tun; dieses Riesenunternehmen der englischen Konsumgenossenschaften zu leiten und zu regieren. Der Speisesaal dieser Zentrale füllt reichlich 2000 Personen. Für die Direktoren ist außerdem noch ein besonderer Speisesaal vorhanden. Auch verfügt diese Zentrale über ein eigenes Orchester. Die in der Umgebung der Zentrale befindlichen Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft stellen große und sehr ansehnliche Stadtviertel dar. Außer einem 250 000 Paar Schuhe und Stiefel, von den feinsten Damenschuhen bis zu dem größten Bergarbeiter-schuhwerk, umfassenden Schuhwarenlager sind in der Manchesterzentrale Lebensmittel, Manufaktur- und Kurzwaren, Möbel, Reiseutensilien, Haus- und Küchengeräte, Uhren, Juwelen, Kinderwagen, Fahrräder, Pianos usw. gelagert. Es wird eine ständige, gut und übersichtlich geordnete Warenausstellung im Gange gehalten, die den Genossenschaftsverwaltungen sehr gute Dienste beim Wareneinkauf leistet. Ein sehr großer Teil der auf Lager gehaltenen Waren stammt aus den eigenen Produktionsbetrieben. Allein zu der für die elektrische Beleuchtung und die Bewegung der in der Zentrale nötigen Fahrstühle erforderlichen elektrischen Energie sind vier Dampfmaschinen mit zusammen 1400 P.S. im Betriebe. Die im Betriebe befindlichen 42 Fabriken besitzen an 100 Automobile. Ferner ist ein ständiges Baubureau eingerichtet, in dem die von der Großeinkaufsgesellschaft vorzunehmenden Bauten vorbereitet und die Bauprojekte der beteiligten Genossenschaften sachmännisch geprüft werden. 13 geschulte Architekten sind mit dem nötigen Hilfspersonal ständig hierbei beschäftigt.

In fünf eigenen Mühlen, die sich in Manchester, Oldham, Dunston on Tyne, Silvertown und Bristol befinden, können stündlich 260 oder täglich 6220 Säcke Mehl von je annähernd 2½ Zentner gemahlen werden. Für mehr als 70 000 000 Mk. Mehl werden in diesen fünf Mühlen jährlich hergestellt. Die neueste Mühle ist

die erst im Jahre 1906 errichtete Sternmühle in Oldham, im Manchesterbezirk gelegen. Diese Mühle allein hat im letzten Jahre für 6,75 Millionen Mark Mehl produziert. Die beiden größten dieser Mühlen sind die in Manchester und in Dunston on Tyne. In der ersten werden stündlich 72 Säcke oder täglich 1700 Säcke und in der anderen stündlich 77 oder täglich 1850 Säcke Mehl hergestellt. In der Mühle in Dunston on Tyne sind Einrichtungen vorhanden, die es ermöglichen, daß in einer Stunde 700 Säcke Mehl zur Verladung gebracht werden können.

Nebst der Bezirkszentrale in London hat dort die englische Großeinkaufsgesellschaft das größte Teehaus der Welt im Betriebe. Mit 24 Mischnmaschinen werden je täglich 2000 bis 4000 Pfund Tee gemischt und zur Verpackung vorbereitet. 28 Paketiermaschinen packen stündlich zusammen 56 000 Pakete Tee. Daneben existiert jedoch noch eine ganz erhebliche Handpackerei. 700 Angestellte, darunter 500 weibliche, sind in diesem Riesenbetriebe beschäftigt. Der Wert des im Teehaus ständig lagernden Tees beziffert sich auf annähernd 1½ Millionen Mark. Der Wert der Jahresproduktion des Teehauses beläuft sich auf 24 Millionen Mark. Im Zusammenhange mit der Teeabteilung steht auch eine große Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik. Es ist nicht möglich, alle die großen und vielen Fabriken der britischen Großeinkaufsgesellschaften in einem Vortrage zu schildern. Erwähnt seien deshalb nur noch einige der größten Genossenschaftsfabriken. Von den drei Seifenfabriken ist die in Irland befindliche die größte. Es ist diese das größte derartige Unternehmen in Europa. Diese Riesenfabrik hat einen eigenen dreigleisigen Bahnhof von 250 Meter Länge. 13 Waggons zu je 100 Zentner verlassen, mit Seifenprodukten beladen, im Durchschnitt täglich diesen Bahnhof, um den Bedarfen der Großeinkaufsgesellschaft und den großen Konsumvereinen zugeführt zu werden. Mit dieser Fabrik ist eine große Wollensfabrik verbunden. Hergestellt werden alte Sorten Seifen und Stearinlichter, und zwar wöchentlich 400 Tons oder reichlich 8000 Zentner. Von mehreren Schuhwarenfabriken ist die in Leicestershire die größte. In dieser sind an 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, und es liefert dieses Unternehmen allein täglich 6000 Paar Schuhe und Stiefel, von den größten bis zu den feinsten. In der Herrenkleiderfabrik sind 100 männliche Schneider und 460 Frauen und Mädchen beschäftigt. Die Hemdenfabrik beschäftigt unter weitestgehender Anwendung von Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmitteln rund 450 Näherinnen. Hergestellt werden in dieser Fabrik wöchentlich 1350 Dutzend Hemden und 450 Dutzend blaue Arbeiteranzüge. In der Möbelfabrik sind annähernd 170 Angestellte tätig, darunter — eine auf den deutschen Genossenfänger ungünstig wirkende englische Eigentümlichkeit — 20 weibliche Angestellte. Dieses Unternehmen wird von nur einem Verwalter dirigiert. Unter einer kollegialen Leitung, die ursprünglich aus drei, dann aus zwei Geschäftsführern bestand, reüssierte dieses Unternehmen nicht.

Eine ganz außergewöhnliche Gehenswürdigkeit stellen die mit bestem Erfolge arbeitenden großen Biskuitwerke der englischen Großeinkaufsgesellschaft dar. Besonders wirkte die peinliche Sauberkeit dieses 600 Angestellte beschäftigenden Großbetriebes. Außer einem eigenen Saal für die Angestellten dieses Unternehmens sind für diese bei der Fabrik besondere Plätze für Tennis-, Fußball- und Cricketspiele eingerichtet. Die Fabrik hat sogar eine eigene, zwölf Mann starke Feuerwache. Hergestellt werden wöchentlich 600 Zentner Bonbons, 15 000 Zentner Kakes und 30 Zentner kleine Biskuits. 15 000 Büchsen dieser Fabrikate werden ständig am Lager gehalten.

In den englischen Genossenschafts-Produktionsbetrieben ist meist eine starke Beschäftigung von Mädchen und Frauen und auch in erheblichem Umfang Akkordarbeit anzutreffen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften (Trade Unions) festgesetzt.

Eine Eigentümlichkeit der englischen Konsumvereine ist es, daß der Warenvertrieb an die Mitglieder durch große Warenhäuser geschieht, die in viele Spezialabteilungen abgeteilt sind. Es finden sich außer Abteilungen für Kolonialwaren, Bäckereiwaren, landwirtschaftliche Produkte, Molkereiprodukte, Fleischwaren, Kinderwäsche, Frauenwäsche, Männerwäsche usw. auch Abteilungen für Mähdarmerobe, Buzinmacherei und Schuhreparatur. Daher der höhere Durchschnittsumsatz der englischen Konsumvereinsmitglieder. Bei dessen Stärkung wirkt neben der besseren Lebenshaltung der englischen Bevölkerung auch der Umstand mit, daß für die englischen Arbeiter die Worte „Mein Haus ist meine Welt“ in vollem Umfange gelten.

Die in Deutschland von den herrschenden Gesellschaftsschichten gegen die Konsumgenossenschaften aufgetürmten gesetzlichen Hindernisse, die sich in der Haupthandlung im Umsatzsteuern und anderen ungerechten Steuerbedrückungen äußern, sowie der Kampf der Mittelständler gegen die Konsumvereinseinteilungen werden ein dauerndes Hindernis der Entwicklung nicht bilden, sobald die unteren Volkschichten den festen Willen bekunden werden, die Konsumgenossenschaftsbewegung vorwärtszubringen.

Aus der Partei.

Halleische Justiz. Wegen Beleidigung des Amtsvoirstehers und ökonomierats Flinger wurde der Genosse Leopold vom „Volksblatt“ für Halle a. d. S. zur höchsten zulässigen Geldstrafe, 1500 Mk. verurteilt. Genosse Leopold hatte in einem Artikel den Zustand der Arbeiterswohnungen auf dem Gute des genannten Agrariers in Mößlich (Kreis Bitterfeld) besprochen. Die Unterlagen zu dem Artikel liefern eine Landarbeiterfamilie, die behauptete, von dem Amtsvoirstehrer mittellos und ohne Papiere entlassen worden zu sein. Diese Familie ist inzwischen merkwürdigweise spurlos verschwunden, ebenso sind die von dem ökonomierat beschäftigten Polen längst in ihre Heimat abgereist. So stand unser Genosse ohne Zeugen da. Ein Lokaltermin ergab den „guten“ Zustand der Wohnungen seine Reihe von Monaten nach Erscheinen des Artikels. In der Verhandlung glaubte der Vorsitzende die Sache erst durch Widerruf erledigt zu können. Nachdem jedoch der ökonomierat und Amtsvoirstehrer erklärt hatte, daß er auf Veranlassung seiner vorgelegten Behörde vorgehe, wurde auf die bezeichnete ungeheurelle Geldstrafe erkannt.

Das „Volksblatt“ für Halle teilt mit, daß gegen seine Redakteure noch elf Preßprozesse anstehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Wie polnische Berufsviereine die Interessen der Arbeiter vertreten. In der Stärkefabrik Schulman in A. G., Luban bei Posen wurden am 4. Oktober über 300 im polnischen Berufsvorstand organisierte Arbeiter ausständig. Schon am zweiten Tage wurde der Streit ergebnislos abgebrochen, nachdem die Vertreter der polnischen Berufsorganisation erklärt hatten, daß kein Geld in der Kasse wäre. Bei den Verhandlungen erklärte ein Führer der polnischen Organisation: „Die Arbeiter verlangen auch zu viel.“ Hoffentlich ziehen die polnischen Arbeiter die Konsequenz aus solcher Interessenvertretung durch Eintritt in die leistungsfähigen Centralverbände.

Die Wohnbewegung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen ist noch nicht beendet. Wie schon berichtet, hatten die Brauereiarbeiter in zwei Brauereien die Arbeit

Das Gustbad.

Eine schreckliche Geschichte.

4. Fortsetzung.

Und jetzt tat es ihm fast leid, daß er den schönen Wald wieder so bald verlassen sollte. Früher hatte er allerdings nicht begriffen, wie man an Bäumen ein solches Vergnügen haben könne, wenn sie nicht gemalt im Zimmer hingen oder als Kostüme auf dem Theater standen; er war bis jetzt ein reiner „Stadt Mensch“ gewesen, der nur eine Existenz in regelmäßigen Straßen und Alleen für möglich und erträglich hielt. Jetzt hatte sich das geändert und er sogar gelernt, Freude an dem geheimnisvollen Hauchsen der Wipfel zu finden, und dem Zwischen den der Bögel fast mit ebenso viel Vergnügen zu lauschen, als sonst irgend einer berühmten Sängerin oder einem Virtuosen. Auch das „Luftbad“, vor dem er sich früher gefürchtet, war ihm lieb geworden und dabei, mit dem Wald dort oben, ja mit jedem Baum in der langen Zeit bekannt geworden, hatte er den anfänglichen Kreislauf um das Haus, mit dem er begonnen, nach und nach zu einem wirklichen kleinen Spaziergang ausgedehnt. Besonders zog ihn dabei eine Stelle an, die tief versteckt im Dickicht lag und wo er, von einem vorspringenden Felsen aus, eine dicht unter ihm liegende kleine, nicht sehr verwachsene Dickung mit offenem Rasenstück darin, übersehen konnte. Dort drinnen stand regelmäßig in dieser Tageszeit ein Rudel Rehwild, und da er sich wohl hütete, sie je zu föhren, sondern immer vorsichtig hinter seinem Versteck, einem dichten Busch, blieb so konnte er sie von dort aus auch stets in ihren harmlosen Spielen beobachten und sich an ihnen freuen. Ja, er hatte sich dort sogar einen kleinen „Sperrfisch“ hergerichtet, wie er es nannte, und zwar einen Platz mit weitem Moos, so daß aufgepolstert, daß er wie in einem Lehnsessel darin saß. Dabei strömte der glatte Felsen um ihn her eine wohlende Wärme aus, und wenigstens eine Viertelstunde an jedem Tage besuchte er die Stelle und freute sich an dem Anblick des harmlosen Wildes.

Auch heute hatte er natürlich den Platz besucht, um Abschied von seinen Rehen zu nehmen — aber auch nur heimlich, denn stören wollte er sie nicht oder gar ersticken, ärztlich besohlene Spaziergang gemacht, auch wohl ein klein wenig länger als gewöhnlich, auf seinem Lieblingsplatz. Da

scheut die Rehe plötzlich — der Bock schießt empor und dann verschwinden sie alle in der nächsten Dickung. Hatten sie ihn gewittert? Das war nicht gut möglich, denn er saß so vollkommen bedeckt, und der Luftzug schwang schräg über den Hang hinüber — aber es kam ihm jetzt fast selber so vor, als ob er Stimmen und Lachen in nicht zu großer Entfernung hörte. Sollten wirklich Menschen in der Nähe sein?

Der Geheime Regierungsrat sprang etwas erschrockt von seinem bequemen Sitz auf, da er noch dazu nicht einmal Rücksicht mehr auf die schon entflohenen Rehe zu nehmen brauchte. Er horchte auch aufmerksam, ob er vielleicht eine genauere Richtung bestimmen könnte, von welcher das Geräusch herüberkam, aber jetzt war alles wieder ruhig — irgend ein anderer Laut hatte ihn vielleicht getäuscht — aber weshalb waren die Rehe da unten flüchtig geworden? Doch wer wußte, was die gewittert hatten; vielleicht einen Fuchs, vielleicht einen Holzhauer — vielleicht auch Kinder, die da unten Heidelbeeren suchten. Trotzdem wurde es Zeit, daß er sich auf den Rückweg mache; er durfte heute überhaupt nicht zu spät in seinem Wirtshaus eintreffen, da er noch mit der Post weiter wollte und immer noch außerdem einer kurzen Zeit bedurfte, seine Rechnung durchzusehen und zu zahlen und einen Abschiedsbesuch bei dem Förster zu machen. Ohne sich deshalb länger aufzuhalten, warf er noch einen letzten Blick in das fremdländische, kleine Tal hinab und wandte sich dann direkt dem Wirtshaus wieder.

Dort hatte sich indessen einiges verändert und der kleine, abgeschiedene Platz lag heute nicht so still und einsam wie gewöhnlich, denn eine Berliner Picknick-Partie war an diesem Morgen auf Entdeckungsreisen in den Wald gezogen und zufällig in diesen reizenden Waldwinkel gefallen, wo denn auch augenblicklich beschlossen wurde, halt zu machen und zu frühstücken.

Berliner sind aber nur in sehr seltenen Ausnahmefällen blöde, und so kam es denn auch, daß sich die jungen Herren der Gesellschaft, als sie den Schlüssel der Birkenhütte im Schloß fanden, augenblicklich daran machten, das Innere derselben zu untersuchen. Einer von ihnen kloppte an, ein anderer rief „Herein“, und als so allen Formen genügt worden, betraten sie den kleinen Raum, wo ihnen dann vor allen Dingen des Geheimen Regierungsrats Garderobe aufgefallen war.

Dieser war nämlich — von Jugend auf an ein Jung-

gesellenleben gewöhnt — sehr ordentlich und hatte also auch seine ausgezogenen Kleidungsstücke in schönster Reihe auf den Tisch gelegt; zuerst den Rock, dann die Weste, dann die Unaussprechlichen — ober und unter — und zuletzt sogar das Hemd, so daß es aussah, als ob sich da eben erst jemand entkleidet habe, der nur in die Nebenstube in ein Bad gegangen sei. Aber das Wirtshaus hatte gar keine Nebenstube, ringsumher im Wald waren sie schon gewesen — wo um Gottes willen befand sich also das Menschenkind, das sich hier ausgeschalt und seine „irdische Hülle“ dann zurückgelassen.

Die Damen zogen sich allerdings augenblicklich schüchtern zurück, als sie merkten, daß gar nichts an der Garderobe fehle. Die Herren wurden aber dafür um so begieriger auf die Lösung des Rätsels, und einer stellte sogar die Vermutung auf, daß hier ein Verbrechen vorliegen könnte, und irgend ein unglückliches Menschenkind erschlagen und seiner Kleider beraubt worden sei, um nicht später durch sie erkannt zu werden, und seine Mörder dadurch in Gefahr zu bringen. Doch dem widersprachen die sorgfältig geordneten Gegenstände.

Eine Uhr fand sich freilich nicht, denn zu der hatte sich der Geheime Regierungsrat eine Tasche in seine Schwimmhose machen lassen, da er doch immer wissen mußte, wie lange er ausblieb — aber in der Westentasche stellte Geld und auf dem Tisch lag neben den Sachen auch noch eine Brieftasche, eine silberne Schnupftabakdose und eine Brille — jedenfalls also Gegenstände, die einem ältesten Herrn gehören müssten — auch ein Regenschirm lehnte in der Ecke.

„Meine Herrschaften“, rief da der eine junge Mann, ein losgelassener Schnittwarenhändler aus der Metropolis, „jedenfalls ist die Entdeckung, welche wir hier gemacht haben, außerordentlich und es darf unsere verfluchte Blödigkeit und Schuldigkeit, jede mögliche Kunde und Aufklärung darüber zu gewinnen. Ich schlage also vor, daß wir die Brieftasche untersuchen, um darin vielleicht den Namen des Unglückschen zu erfahren, der gewiß irgendwo draußen im Walde an einer Eiche hängt oder unter einer Buche ermordet ist. Professor, Sie sind ein Teil des Gerichts — ein angehender Tribunalrat — kommen Sie einmal als Zeuge her, ob wir nicht eine Briefadresse oder Brieftafte finden.“

Ohne weiteres öffnete er auch die Brieftasche, und schon im ersten Fach entdeckten sie drei oder vier Karten, die alle den Namen G. Braunfeld, Geheimer Regierungsrat, trugen.

ledergerlegt, weil die Zugeständnisse des Boykottschußverbandes rheinisch-westfälischer Brauereien in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Arbeiter entsprechen, und der Termin für das Zustandekommen einer Einigung verstrichen war. Nach erfolgter Arbeitsniederlegung mache der Boykottschußverband die weitere Verhandlung von der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden abhängig. Er ließ jedoch diese Forderung fasten angeblich aus dem Grunde, weil die Stellen in den bestreikten Betrieben besetzt seien. Über die Beilegung des Streiks sollte die örtliche Organisation der Unternehmer unterhandeln. Das Resultat dieser Unterhandlung war, daß eine Anzahl der Streikenden sofort in den bestreikten Betrieben eingestellt wurden, die übrigen müssen bis 1. April 1911 in sämtlichen Brauereien in Barmer-Ellerfeld bei Arbeitbedarf zuerst berücksichtigt werden.

Der Streik bewog die Unternehmer wohl zum Entgegenkommen und zu einigen Zugeständnissen, die indessen noch nicht befriedigen. Dieser Tage finden an verschiedenen Orten Versammlungen der Brauereiarbeiter statt, um zu den letzten Angeboten des Boykottschußverbandes Stellung zu nehmen.

Die Kohudifferenzen in der Gold- und Silberwarenindustrie in Schmäbisch-Gmünd konnten mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden. Nach fünftägiger Verhandlung kam es zwischen Vertretern des Metallarbeiterverbandes und des Arbeitgeberverbandes zu einer Einigung. Die Versammlungen der Arbeiter und der Unternehmer nahmen die Einigungsbedingungen einstimmig an. Die Ausprägung und die über die Firmen verhängten Sperren sind damit aufgehoben.

Kopp kontra Fischer.

Zwischen dem Kardinal Kopp in Breslau und dem Kardinal Fischer in Köln besteht grimmige Feindschaft. Kopp hält nicht nur starke Sympathien für die Richtung Roeren-Bitter-Boonekamp (Underberg), sondern er hält auch die „interkonfessionellen“ christlichen Gewerkschaften für höchst bedenkliche, die Rechtgläubigkeit der katholischen Arbeiter gefährdende Verbände und bevorzugt die Organisation nach sogenanntem Berliner Muster, das heißt, in streng konfessionellen katholischen Fachvereinen. Kardinal Antonius Fischer segnet dagegen neuerdings — eine Zeit lang war es anders — im Schleppzug der „Köln. Volkszeitung“ und begünstigt, wie dieses Blatt, die christlichen Gewerkschaften. Dieser Gegensatz hat schon wiederholt zu kleinen Reibungen zwischen den beiden Eminenzen geführt, die sich in letzter Zeit zu einer offenen gegenseitigen Bekämpfung zuspielen. In seinem Ärger über den „Opportunisten“ seines Kollegen hat Fürstbischof Kopp an eine adlige Dame, an ein Fräulein v. Schalscha, einen Brief gerichtet, in dem er den Westen, d. h. die Diözese des Erzbischofs Fischer, für „versucht“ erklärt und von einem „häßlichen Fanatismus“ der Freien Fischer spricht. Bisher waren nur einzelne Stellen dieses Briefes bekannt; wie das „Berl. Tageblatt“ angibt, ist es jedoch jetzt in der Lage, den hauptsächlichsten Teil dieses Schreibens im Wortlaut mitzuteilen, will aber für die Richtigkeit der Abschrift, da es diese nicht nachzuprüfen vermöge, keine Garantie übernehmen. Tatsächlich sind einzelne Stellen des Briefes, wenn auch die Äußerungen im ganzen dem Koppischen Standpunkt entsprechen, so scharf und rücksichtslos, daß man sie dem sonst in seinen Reden und Erlassen die Worte stets sehr vorsichtig abwägenden, ehrwürdigen Fürstbischof von Breslau kaum zutrauen möchte. Es bleibt daher nur die Annahme, daß die hochehrwürdige Eminenz ihrem Ärger hat die Zügel schießen lassen, oder daß einzelne Teile des Briefes aus dem Zusammenhang herausgerissen sind.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ lauten die Hauptstellen des liebenswürdigen kollegialischen Briefes des Herrn Fürstbischofs:

Was mir in der Vorstellung am wenigsten gefällt, sind die spitzen Bemerkungen gegen die „Erwerbstätigen“ in Berlin. Die Erwerbstätigen in Berlin wie in Breslau habe ich von vornherein von der Besuchung des Westens zu bewahren gesucht. Mir ist schon die Interkonfessionalierung der Arbeiterbewegung viel zuviel; sie auch noch auf die Arbeiterinnen zu übertragen, würde die Verwässerung des katholischen Bewußtseins in die ganze arbeitende Klasse getragen haben. Darum habe ich die „Erwerbstätigen“ als streng konfessionell verlangt; wollen sie das nicht sein, so sollen

Das ist merkwürdig“, sagte der junge Schnittwarenhändler, „ein Geheimer Regierungsrat, der hier aus der Spule gekrochen ist.“

„Ziehen in der Wäsche stimmt — G. B.“ berichtete der Professor, der indessen das fragliche Stück untersucht hatte.

Und was nun?“

„Ja, was nun? Anzeige müssen wir jedenfalls von dem Fund machen, aber ich weiß nicht, ob wir die Sachen an uns nehmen können, denn wenn der betreffende Herr doch am Ende zurückkehren sollte, so —“

Aber er kann doch nicht in dem Zustand in den Wald gelangen sein,“ rief der junge Schnittwarenhändler.

Und wenn er nun in der Nähe ein Bad nähme?“

In der Nähe?“ rief ein junger Buchhändler aus der Metropole, „hier oben auf dem hohen Berg? Der nächste Bach steht wenigstens eine halbe Stunde weit unten im Tal.“

Siegel und Hut fehlten,“ sagte der Professor, jedenfalls, meine Herren, müssen wir zuerst frühstücken, denn das ist das wichtigste der beiden Momente. Bis dahin behalten wir aber aus Zeit, uns die Suche reißlich zu überlegen und zu einem Entschluß zu kommen; außerdem erwarten uns die entlaufenen Damen da draußen mit Schmerzen, um Nachricht über das Auszorndische zu vernehmen. Spannen wir sie nicht länger auf die Folter.“

Darin hatte er in der Tat recht, denn das Corps der Damen erwartete schon in peinlichster Ungeduld die Rückkehr der Herren. Leider konnten ihnen diese aber auch keine weitere Ausklärung bringen, da ein Unfallfall kaum denkbar war. Seine Hals lag eine Ermordung vor, denn jeder, der in Wäsche noch Kleider hatten sich die gefüllten Blasen gezeigt, ja, alles sah frisch und neuwertiger aus, und nicht einmal die Falten schienen zerkrümmt.

„Aber wo war der Eigaßauer?“

„Ja, wer konnte das sagen? jedenfalls erklärten die Herren, daß sie — unentbehrlich nach dem Frühstück — weitere Nachforschungen erledigen und den Wald nach allen Richtungen in der Nachbarschaft durchstreifen wollten — aber jedesmal erst nach dem Frühstück, denn jetzt seien sie alle so ausgeschlafen, daß sie nicht daran denken könnten, eine derartige aufregende Pflicht noch vorher zu übernehmen.“

(Fortsetzung folgt)

sie sich nicht mehr katholisch nennen und als solche gelten wollen. So steht es mit „den Erwerbstätigen“ in Berlin.

Wie sieht es mit der gleichen Organisation im Westen. Aus reinem Opportunitismus, nur um die Macht der interkonfessionellen Vereine zu vereinigen, hat man die christlichen Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt. Und wie stellt sich die Zentrale des katholischen Frauenbundes dazu? Stellt sie sich in den Dienst dieser Bestrebungen? Ist sie die Patronage über sie aus? Das ist doch die Frage, die ja leider noch immer unaufgeklärt ist. Wie sehr der Frauenbund auf die Seite der interkonfessionellen Bewegung gestellt wird, haben wir erst vor kurzem in den öffentlichen Schriften gelesen. Was hat der Frauenbund getan, um sich davon zu reinigen? Die Erklärung des Frauenbundes (Zentrale) gegen die Spanische Behandlung ist mehr als lästig, er ade zu ein Zusammensetzung, und die alberne Einfachheit soll nur die munde Stelle verdecken, die getroffen und bloßgelegt worden ist. Und dabei verlangt man im Westen noch Vertrauen von uns? Wir wollen unsere Hände und Gewissen rein behalten. Wir wollen an der Verschärfung des katholischen Empfindens nicht teilnehmen. Wir wollen weder die Arbeiter noch die Arbeiterinnen mit Klassenhaß nähren, zum Klassen- und Machtkampf erziehen und sie der Sozialdemokratie zuführen. Liebt denn die Frau N. die öffentlichen Blätter nicht? Und hat sie nicht gelesen, was der christliche Gewerkschaftssekretär Effertz längst ausgeplaudert hat? Selbst den Sozialdemokraten war diese Offenherzigkeit zu weitgehend.

So liegt die Sache. Ich messe alles, was vom Westen kommt, mit diesem Maßstab und sehe immer wieder aus allen Bestrebungen den Pferdeschwanz durchchein. Ich habe noch einmal im Herbst den Versuch gemacht, wenigstens ein äußeres Zusammengehen zu ermöglichen. Alles scheitert an dem wahrschätzbar hättetischen Fanatismus, der im Westen bezüglich der sozialen Frage herrscht. Der Westen braucht unser Vertrauen nicht; er ist ja stark genug, seine Bestrebungen in seinen Kreisen durchzusehen. In den Kreisen, in denen ich die Verantwortung habe, werde ich ihn auf das äußerste fernzuhalten suchen. Vertrauen aber kann ich weder den Grundsägen noch der Taktik entgegenbringen.“

Der Brief strafft nicht nur das alberne Gerede von der „Interkonfessionalität“ des Zentrums Lügen, sondern zeigt auch deutlich, wie man in einem Teil des Episkopats über die vielfgepriesenen sozialpolitischen Bestrebungen des Zentrums denkt. Kardinal Kopp hält die Behandlung der sozialen Frage im Westen sogar schon für „häßlichen Fanatismus“.

17. französischer Gewerkschaftskongress.

Toulouse, 6. Oktober. In der Sitzung am Donnerstag vormittag wurde die Diskussion über die Affäre des Gewerkschaftshauses zu Ende geführt. Eine große Anzahl Resolutionen liegen zur Abstimmung vor. Angenommen wird folgende Resolution:

Der Kongress, nachdem er die Kritik von Levy und die Erklärungen von Griffuelhes bezüglich des Gewerkschaftshauses gehört hat, stellt fest, daß diesen nur das Interesse der Konföderation und der Proletariats geleitet hat, billigt seine Erklärungen und drückt ihm ihr Vertrauen aus.“

In namentlicher Abstimmung wird die Resolution mit 113 gegen 68 und 324 Stimmenenthaltungen angenommen. Auf eine Anfrage an Griffuelhes, ob er eventuell bereit sei, die Verwaltung des Gewerkschaftshauses einer von der Konföderation zu ernennenden Kommission zu unterstellen, erklärt dieser seine Zustimmung; die juristischen Konsequenzen jedoch, die daraus folgen könnten, lehne er ab. Es wird hierauf beschlossen, eine Kommission von 12 Mitgliedern zu ernennen, die gemeinschaftlich mit der alten Gesellschaft die neuen Statuten ausarbeiten und dem Komitee der Konföderation unterbreiten soll. Damit wird das Gewerkschaftshaus Eigentum der Konföderation.

In der Nachmittagsitzung kommt der Rechenschaftsbericht der Konföderation zur Diskussion. Liochon, Buchdrucker, erklärt, daß er nicht für den Bericht stimmen könne, 1. weil die Konföderation, nach dem Beschuß des Kongresses von Marseille, eine antimilitaristische und antipatriotische Propaganda entfaltet habe; 2. weil der Beschuß der Vorstandskonferenz betreffend das Gewerkschaftshaus nicht eingehalten worden sei; 3. weil die Konföderation den früheren Sekretär Niel, weil er in einem ernsten Augenblick von dem Rechte, der Arbeiterklasse die Wahrheit zu sagen, Gebrauch gemacht habe, zur Demission getrieben habe; 4. weil die Art der gefälschten Agitation nicht den Interessen der Arbeiterklasse entspreche, sondern, wie Niel sagt, der Anarchismus ohne den Namen sei. Die Aufgabe der Konföderation müsse sein, der Arbeiterklasse tatsächlich zur Hilfe zu kommen und nicht nur Resolutionen zu fassen und große Worte zu machen. Der Redner wird oft stürmisch unterbrochen. Eine ganze Reihe nachfolgender Redner widerstreiten dem, sie führen aus, daß die Konföderation noch gar nicht genug revolutionär sei und daß angesichts der Haltung der Regierung und der Bourgeoisie noch viel revolutionärer gehandelt werden müsse. Niel gibt in einer großen Rede die Ereignisse wieder, die seine Wahl vereinigt haben und zu seiner Demission führten. Gewiß, der Kongress von Marseille habe eine antimilitaristische und antipatriotische Resolution beschlossen, gegen die er, Niel, gestimmt habe. Er habe dagegen gestimmt, weil das nicht zur Kompetenz der Gewerkschaften gehöre. Soweit es sich um das Eingreifen von Militär bei Streiks handle, haben die Gewerkschaften das Recht und die Pflicht zu protestieren, aber nicht mehr. Niel schildert eingehend die Zwischenfälle, die zu seiner Wahl als Sekretär der Konföderation geführt haben, die systematische Feindschaft der Revolutionäre, die ihn anklagten, von der Regierung gekauft zu sein, die jedesmal, wenn er einmal sprach, zu zehn dagegen sprachen und die schließlich seine Demission herbeiführten. In Liochon während des zweiten Streits der Postangestellten, als die Konföderation Stellung nehmen sollte, wie weit sie den Postangestellten zu Hilfe kommen kann und der Generalstreik als Kampfmittel verlangt wurde, habe er gesagt:

„Wir sind noch nicht stark genug, wir müssen uns organisieren und nicht in eine Falle gehen, die den Zusammenbruch der Konföderation herbeiführen kann. Im gefährlichen Augenblick ist vor allem fahles Blut notwendig; morgen wird die Konföderation zusammenbrechen, um zu helfen, wie die Mittel sie verfügt, um den Postlern zu Hilfe zu kommen.“

Ziele keine Worte habe man als Ursache für das Mislingen des Generalstreiks hingestellt. Man habe behauptet, er habe Terror begangen und die Befehle der Regierung ausgeführt! Seine Rede war durchaus nicht ungern, denn es war der Augenblick, wo die Konföderation durch den Generalstreik sollte runtergeworfen werden können. Eine Gen-

ralstreik beschließt man ebenso wenig wie eine Resolution. Deshalb mußte der Generalstreik scheitern. Als er zum Sekretär gewählt wurde, habe er die Hoffnung gehabt, nachdem er die organisatorische Einheit der Gewerkschaften herstellen habe helfen, auch ihre taktische Einheit herzustellen. Heute verzweifelt er daran. Entweder die Gewerkschaften beschränken sich auf die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen oder sie werden immer mehr politisch; dann müßte das jedoch offen gesagt werden, dann werde die Erfahrung zeigen, wo hin wir damit kommen. (Sturmischer Beifall.)

Veto erwidert: Antimilitaristen müssen wir sein, weil die Armeen gegen uns verendet wird. Und weil das Militär, das angeblich nur zur Verteidigung des Vaterlandes dienen soll, in Wirklichkeit aber zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzt wird, deshalb müssen wir bis zum Ende gehen und Antipatrioten sein. Die Bourgeoisie zwingt uns dazu. Wer Antipatriot ist, muß notwendig Antiparlamentarier sein, denn das Parlament ist zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft da. Und ganz logisch muß man auch gegen den Staat sein, weil der Staat gegen die Arbeiterklasse ist.

Toulouse, 7. Oktober. Nach einem kurzen Schlusswort von Liochon, der erklärt, daß die moralische Einheit nur möglich sei, wenn die persönlichen Zwistigkeiten in den Hintergrund treten, denn der Syndikalismus sei nichts anderes, als die Vertretung der Interessen der Arbeiter, wird über den Rechenschaftsbericht abgestimmt. Der Bericht wird mit 1096 gegen 97 und 118 Enthaltungen angenommen.

Die genaue Abzählung der Stimmen über die Angelegenheit des Gewerkschaftshauses hat das Abstimmungsresultat folgendermaßen geändert: Für die Vertrauensresolution 904, gegen 66, und Enthaltungen 328 Stimmen. Eine große Anzahl von Resolutionen über innere Gewerkschaftsfragen, Grenzstreitigkeiten usw. liegen vor. Eine davon, über die Verschmelzung der former, Metallarbeiter und Maschinenbauer, der letztere sich nicht angeschlossen haben, entfaltet eine lebhafte Diskussion. Es wird hier einstimmig folgende Prinzipienresolution angenommen.

Der Kongress konstatiert die Aktionschwäche der Bevölkerung und beauftragt das Konföderationskomitee, eine Kommission zu bestimmen, die die Grenzen der Konföderation feststellen und beschließen soll, welche der bestehenden Berufsverbände sich miteinander verschmelzen sollen, um eine Industriebereration zu bilden oder an solche, die schon konstituiert sind, sich anschließen sollen und die auch beschlossen soll, welcher Konföderation die einzelstehenden Syndikate beitreten sollen.“

In der Diskussion über die Verschmelzung des Verbandes der Maschinenbauer, die schon auf dem Kongress von Marseille beschlossen wurde, führt Coypat, Maschinenbauer, aus, daß seine Organisation, die 1,65 Frank monatlichen Zentralbeitrag leiste, während im Metallarbeiterverband nur 30 Centimes gezahlt werde, ihre Einrichtungen und Methode nicht aufgeben wolle. Selbst wenn man sie ausschließen würde, wüssten sie ihre Methode, die sogenannte reformatorische, nicht ändern.

Cordier, Bergarbeiter, führt aus, daß es bei ihnen gelungen sei, die Centralorganisation zu schaffen, aber man dürfe dabei keinen Zwang ausüben, sondern die Entwicklung abwarten.

Es liegt ein Antrag vor, die Maschinenbauer, falls sie innerhalb drei Monaten ihren Ausschluß an den Metallarbeiterverband nicht vollzogen haben, aus der Konföderation auszuschließen. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 886 gegen 363 Stimmen und 73 Enthaltungen angenommen.

Die Nachmittagsitzung wurde vollständig mit der Diskussion über das Altersversicherungsgesetz ausgestattet. Constanti, Wagenbauer, erklärt sich gegen das Gesetz, das nicht durchführbar sei. Die Altersrenten seien viel zu niedrig. Mit dem angesammelten Gelde würde der Kapitalismus unterstützt werden. Die Altersgrenze von 65 Jahren sei zu hoch, nur wenig Arbeiter würden in den Genuss der Altersrente kommen.

Bousquet, Lebensmittelarbeiter, erklärt das Gesetz für einen Schwund, um Wähler einzufangen. Die Bestimmung der Beitragsleistung der Arbeiter sei monströs, das heißt, der Arbeiter unterstütze, wie der Staat den Gewerken. Er schlägt vor, mit Gewalt sich gegen die Durchführung des Gesetzes zu wehren. — Cordier, Erdarbeiter, erklärt, daß das Pariser Syndikat der Erdarbeiter für die über 60 Jahre alten Mitglieder besondere Kartenscheine und festgestellt habe, daß nur 5 von 1000 dieses Alters erreichen. Wie sehr es erst in den ungesunden Berufen aus! Auf die Beitragsleistung komme es nicht so sehr an, denn schließlich müsse der Arbeiter doch die Lasten tragen. Wobei man sich jedoch mit allen Mitteln verteidigen müsse, sei die Einführung der Beitragskarte, die dem Arbeiter überall folge und eine leichte Kontrolle ermögliche. — Cleverte, Glassarbeiter, führt aus, daß er bereits unter einem Regime einer Altersversicherung stehe und 5 Proz. vom Lohn einbehalten bekomme. Er finde sich wohl dabei, denn er wisse, daß Alter gesichert. Das Gesetz habe den großen Wert, daß es den Arbeitern die bestehende Sorge ihrer alten Tage abnehme. Es komme dabei weniger darauf an, ob der Arbeiter tatsächlich alt genug würde, um in den Genuss der Altersrente zu kommen, sondern, daß er die alten Tage gesichert wisse. (Sturmische Unterbrechungen.) Die Opposition kommt von dem Haß gegen alle Gesetze. Gut oder schlecht es würde abgelehnt, weil es vom Parlament kommt. Ohne Gesetz könne hier nichts getan werden, sonst hätten die Syndikate die Pflicht gehabt, selbst die Altersversicherung zu organisieren. Gewiß sei das Gesetz an sich sehr schlecht. Statt aber zu verneinen, sollten wir die sozialistische Partei beauftragen, für die Verbesserung des Gesetzes zu arbeiten.

Cordier, Bergarbeiter: Auch die Bergarbeiter stehen im Genuss von Altersrenten und zwar bereits vom 55. Jahre ab, deshalb sind wir im Prinzip für die Altersversicherung. Das Gesetz ist sehr mangelhaft, vor allem muß die Altersgrenze herabgesetzt werden. Wir müssen wohl protestieren, wie gering aber auch das Errungene ist, es nehmen, weil wir nicht stark genug sind, um die Durchführung zu verhindern. Wir müssen die Verbesserung des Gesetzes verlangen und erst wenn wir dies nicht durchsetzen, sehen, was wir dagegen tun können.

Gibaud, Handlungsgehilfe: Der Wert des Gesetzes liegt darin, daß wir jetzt etwas bestimmt haben, an dessen Verbesserung wir arbeiten können. Es ist ein weiterer Fortschritt des Gesetzes, daß es die Arbeiterklasse zur Organisation anregt. Alles, was in der kapitalistischen Gesellschaft durchgesetzt werden kann, ist nur durch Kompromisse möglich. Daß oder gegen die Kapitalisierung, wir müssen sie akzeptieren, weil wir nicht anders können. Es ist Sache der Arbeiterklasse, die Kapitalien zu ihrem Nutzen zu verwalten.

Die: Der Syndikalismus befindet sich dem Gesetz gegenüber in einer merkwürdigen Lage. Die Konföderation kann nicht sagen, sie will keine Altersversicherung, weil sie sonst von der Arbeiterklasse verlangt werden würde. Der antiparlamentarische Standpunkt der Syndikalisten zwinge sie, aber auch gegen das Gesetz Stellung zu nehmen, weil sie dadurch fürchten, die Resolution hinauszuschieben. Die Konföderation war bisher gegen die Be-

tragleistung und für die Verteilung. Das ist ein Unsinn, denn wenn keine Beiträge geleistet werden, ist auch nichts zu verteilen. Das Gesetz ist immerhin die erste, wenn auch schlechte Realisierung des Prinzips. Die Kapitalisierung wie das System der Verteilung sind beide kompliziert. Die Kapitalisierung ist im Grunde nur ein Verteilungssystem für eine ganze Generation. Es ist jedenfalls besser, mit der Kapitalisierung zu beginnen, weil der Übergang zur Verteilung leichter ist, als umgekehrt. Wenn das Gesetz schlecht ist, so trifft die Konföderation die Schuld. Sie hat nur auf den Kongressen von 1901 und 1905 etwas beschlossen und erst 1909 mit einer verspäteten Agitation eingefehlt. Hätte die Konföderation durch ihre ständige Agitation bei den Arbeitern den Eindruck erweckt, daß die Realisierung des Gesetzes, so schlecht es ist, ihrem Einflusse zuzuschreiben ist, das würde einen großen agitatorischen Wert gehabt haben.

Büddegarry, Eisenbahner: Wir, die wir gleichfalls schon im Genuss von Altersrenten sind, wir werden, trotz seiner Mängel, für das Gesetz stimmen. M e r r h e i m , Metallarbeiter: Das Gesetz ist in seiner Fassung garnicht durchführbar, denn um es durchführen zu können, müssen elf Dekrete erlassen werden. Das zeigt, wie berechtigt unser Misstrauen in das Parlament ist. Die große Gefahr des Gesetzes liegt darin, daß die Unternehmer berechigt sind, Fabrikkassen oder Syndikatskassen zu schaffen, deren ausschließliche Verwaltung ihnen zusteht. Die Unternehmer werden schlau genug sein, das auszunützen und mit den Beiträgen der Arbeiter diese ausbeuten und knechten. Ein neues Beamtenheer wird auf Kosten der Arbeiter geschaffen, darunter sind welche, die 50 000 und 35 000 Franks jährlich beziehen. Wir müssen uns mit allen Mitteln gegen die gefährlichen Folgen des Gesetzes wehren. — G o u p a t weist auf die Erfahrungen hin, die in Deutschland gemacht worden sind. Die Arbeiter müssen sehen, die Verwaltung in ihre Hände zu bekommen und die Gelder zum Bau von Arbeiterwohnungen, Krankenhäusern usw. verwenden. Das Gesetz enthält auch eine Invaliditätsklausel, welche die Arbeiter zu ihren Gunsten ausnützen müssen. Die Arbeiter müssen selbst Hand anlegen.

F o u h a u x: Wir stehen jetzt vor einer vollendeten Tat-
sache und müssen unsere Aktion organisieren. Wir müssen
die Arbeiterklasse auffordern, überall die Beitragsleistung zu
verweigern.

Soziales.

Die neueste Arbeitswilligenmishandlung in Moabit, von der die bürgerliche Presse voll ist, und von der wir kurz berichteten, schrumpft nach den angestellten Ermittlungen zu einem untergeordneten Vorfall zusammen. Der Arbeitswillige Weißschmidt, der blutüberströmt in ein Hinterzimmer einer Gastwirtschaft zum Femgericht geschleppt worden und nachdem abermals mishandelt sein sollte, hat wohlgemüth mit den Streikenden an einem Tisch gesessen, Bier getrunken und belegte Butterbrote gegessen. Kein Tröpfchen Blut ist geflossen. Von den Streikenden ist versucht worden, ihn zur Niederklegung der Arbeit zu veranlassen. Er müßte auch ein sonderbarer Gemütsmensch sein, wenn er sich von den Streikenden von einem Ort zum andern schleppen und immer wieder verprügeln ließe, um blutüberströmt zusammenzusinken. Wahr ist nur, daß bedauerlicherweise ein Arbeiter bei der ersten Unterredung dem Arbeitswilligen in der Erregung ein paar Ohrfeigen gab. Der Arbeitswillige ist wieder bei der Firma beschäftigt. Aus Anlaß dieser Affäre wurde der Wirt des Lokals und weitere vier Gäste verhaftet. Darüber hat die Polizei jedoch noch keine Untersuchung angestellt und die Nachricht auch nicht widerlegt, daß Streikende auf den Kohlenplatz der Firma gezogen wurden und dort nach dem Rezept des Streikbrecheragenten Hinge von Arbeitswilligen verprügelt wurden. Die Staatsanwaltschaft arbeitet schnell. Den bei den Moabiter Karawallen Verhafteten soll der Prozeß schon spätestens Ende November gemacht werden.

Der Terrorismus mit Hilfe des Bürgerlichen Gesetzbuches? Mit welchen Mitteln das Unternehmertum arbeitet, zeigt ein Revers, den die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe in Baden ihren Arbeitern und Arbeiterinnen vor einigen Tagen zur Beantwortung bezw. Unterschrift vorgelegt hat. In dem

Revers heißt es:
Der Unterzeichnete bescheinigt hiermit wahrheitsgemäß,
dass er keiner Organisation angehört bzw. während der
letzten drei Monate angehört hat, dem . . . als Mit-
glied angehört.

glied angehört.
NB. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß unwahre Angaben nach den Bestimmungen des B. G. B. strafbar sind.

Schade nur, daß die Firma ganz vergessen hat, die Paragraphen anzufahren, die der Arbeiter verlegt, wenn er es ablehnt, über die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft dem Unternehmer Mitteilung zu machen. Von Rechts wegen müßte sich sofort ein Staatsanwalt der Sache annehmen und der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik die Mängelklage an den Hals hängen. Aber die Firma braucht keine Angst zu haben, daß das geschieht.

Aus dem Gerichtsaal.

Die Gemeinderatswahl von Wiebelskirchen, die Anfang Januar d. J. stattfand, wurde jetzt in Ottweiler infolge grober Verstöße für ungültig erklärt und der Wahlvorstand als Beßlagter zu 100 Mf. Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt. Die Klage ging von der Vertretung der Sozialdemokratie aus.

Aus Nah und fern.

Katastrophe im Straßenbahnwagen. Als der Bäckermeister Kasper in Zittau gestern nachmittag mit seinem Jagdgewehr herumhantierte, entlud sich plötzlich die geladene Waffe. Die Kugel ging durch das Schaufenster und traf zwei Herren, die auf der Plattform eines gerade die Straße passierenden Wagens der elektrischen Straßenbahn standen. Beide Herren fielen tödlich getroffen vom Wagen. Die Kugel war beiden durch den Kopf gegangen.

Brutale Tat. Aus Essen (Ruhr) wird berichtet: Ein sechzehnjähriges Mädchen, das dem Betriebe einer elektrischen Bergungsbahn zufährt, wurde von jungen Burschen auf die Gleise gestoßen und vom heranfommenden

Blutige Messerstecherei. In dem Orte Gladbeck bei Essen kam es in der Nacht zum Montag zwischen Bergleuten, die an einer Kindtauf-Feier teilnahmen zu einer furchtbaren Messerstecherei. Ein Bergmann wurde erstochen, vier weitere schwer verletzt, darunter einer lebensgefährlich. Nach im Laufe der Nacht kamen die Täter in Haft — In Rottenhaußen wurde in vergangener Nacht ein Bergmann im Laufe eines Streites durch Revolverschüsse getötet.

Verhafteter Wechselschäfer. Die Kriminalpolizei in Sölden verhaftete den Kaufmann Schlämm, der dringend verdächtig ist, die vor einigen Tagen gemeldeten Wechselse

fälschungen begangen zu haben, durch welche der Schaffhausen'sche Bankverein um 45 000 Mark geschädigt worden ist.

Übersfahren. In Maubach (Rheinpfalz) wurden zwei Frauen und ein Kind von einem durchgehenden Gespann übersfahren. Die eine Frau war sofort tot, die andere wurde mit ihrem Kind schwer verletzt.

Eine neue Rekruten-„Vorschule“. Eine recht eigenartige Vorbereitung für die zum „Dienste für das Vaterland“ ausgehobenen Söhne ist in diesem Herbst in der Pfalz getrieben worden. Cirka 200 katholische Rekruten aus den verschiedensten Ortschaften, durch die Geistlichkeit zusammengetrommelt, rückten in das Paulinustift bei Landau zu einer sechstägigen religiösen Übung ein. Alldo hielten Jesuitenpater, Leutnants und Unteroffiziere Vorträge und gaben den jungen Leuten „gute Lehren“ mit auf den Weg. Die Betten wurden von der Garnisonverwaltung geliesert, während jeder Teilnehmer sein Essen selbst bezahlen musste. Der tägliche Stundenplan lautete: 6.00 Uhr Aufstehen, 6.35 Uhr Morgengebet, 6.45 Uhr Heilige Messe, 7.15 Uhr Unterweisung, 8.00 Uhr Frühstück, 9.15 Dienstübung, 9.30 Kreuzweg, 10.00 Uhr Instruktionsstunde, 11.00 Uhr Rosenkranz, 11.30 Vorbereitung zur Heiligen Messe, 12.00 Uhr Mittagessen, 1.30 Uhr Unterweisung, 2.30 Uhr Herz-Jesu-Andacht, 3.00 Uhr Instruktionsstunde, 4.00 Uhr Vesperbrot, 4.30 Uhr ärztliche Mahnungen, 5.30 Uhr Vorbereitung zur Heiligen Beichte, 6.00 Uhr Vortrag, 7.00 Uhr Abendessen, 8.00 Uhr Weihe an unsere liebende Haスマutter, 8.30 Uhr Abendgebet, 8.40 Uhr Schlafengehen. So werden in Bayern die eintückenden Rekruten zu „Instrumenten des Himmels“ und „Werkzeugen des Herrn“ herangebildet. So weit wir in Erfahrung bringen konnten, handelten die Vorträge von der goß- und vaterlandslosen Sozialdemokratie, dem inneren Feind, gegen den diese Leute einstens den Kampf führen sollen. Dem bayerischen Kriegsminister von Horn, der diese einzige Vorbildung an den zukünftigen Vaterlandsverteidigern vornehmen lässt, sind in den Jesuitenpater wirkliche tüchtige Lehrkräfte erstanden, die verstehen ja die Hebe gegen den in „inneren Feind“ aus dem ff.

Ein Klerikaler Skandal sondergleichen. Das ganze klerikale Polen steht tief erschüttert. Im Herzen des polnischen Klerikalismus, in Czestochau, wo im Paulinerkloster sich das „wundertätige“ Gottesbild befindet, wurde von einem Mönch ein Mord an seinem Verwandten verübt. Der Gesichtete kam die Polizei erst jetzt auf die Spur, obwohl man schon am 25. Juni in der Warthe ein Sosa fand, in dem sich ein zur Unkenntlichkeit verstümmelter Leichnam befand. Die Polizei kam zu dem Verdacht, daß der Leichnam aus dem Kloster vom „Bruder“ Macoch und zwei Klosterdienern herausgebracht und in den Fluß geworfen wurde. Dem frommen „Bruder“ gelang es, vor der Festnahme zu entfliehen. Es stellte sich, wie bereits gestern berichtet, heraus, daß der Ermordete, ein Bahnbeamter, ein Bruder des Mönchs war. Die Frau des Ermordeten, die schon früher mit dem Mönch ein Liebesverhältnis gehabt zu haben scheint, entfloh mit ihm zusammen. Jetzt erklären die Mönche, daß sie den Verbrecher schon vor langer Zeit wegen allzu liederlichem Lebenswandel suspendierten wollten, daß aber der Leiter des Ordens sich dem widersetzte. In welcher Geistesverfassung sich der Orden nach der Aufdeckung des Verbrechens befindet, möge folgende Stelle aus ihrem Aufruf an die polnische Nation zeigen: „Wir unverdugtigen Behüter des größten Schatzes unserer Nation wissen das Ungeheure des Verbrechens zu würdigen. Es ist eine Schmach und erweckt in uns die Furcht und die größte Angst, daß der Glaube der Nation angesichts

dieses ungeheuren Unglücks, das uns befießt, nicht erschüttert werde.“ Um dies zu verstehen, muß man bedenken, daß im Kloster sich das Bild der als Königin von Polen gefeierten Jungfrau Maria befand, das als ein nationales Palladium galt. Die Pilgerfahrten nach Czestochau waren ein wichtiges Verdunstungsmittel in den Händen der Reaktion und jezt bäumen sich selbst ihre Organe gegen das Ungeheure. Die „Gazeta Warszawska“, das führende Organ der polnischen Reaktion, schreibt in einem Leitartikel: „Nach dem, was vorgefallen ist, müssen wir unsere tiefe Trauer darüber ausdrücken, daß die Wacht bei dem Heiligtum sich in den Händen dieses Ordens befand. Der Skandal wird ernüchternd auf die Massen des gläubigen Volkes wirken. Auch die Beraubung des Muttergottesbildes von Czestochau steht mit diesem Verbrechen in engstem Zusammenhange.“ Der Viebstahl wurde von den Mönchen selber ausgeschüttet. Das Verhör mit dem verhafteten Kirchendiebe und Brudermörder Macoch hat grauenhafte Einzelheiten des Verbrechens zutage gefördert. Macoch gestand, er habe mit seinem Bruder Wenzel in der Nacht vom 24. zum 25. gezeichnet. Als Wenzel betrunken war, habe er ihm mit einer Axt einige Hiebe über den Kopf versetzt. Dem Röchelnden er teilte er selbst rasch die Abfolution und erdroßelte ihn dann. Die Leiche stopfte er in ein altes, zerrißenes Sofa, da er keinen passenden Koffer fand. Das Möbelstück wurde dann in dem Vorsteiche bei Czestochau versenkt. Der Kutscher, der die Fuhre beförderte hatte, verriet alles in betrunknen Zustande. Die Ursache des Mordes war die Furcht Macochs, daß der Bruder den Klosterraub von Czestochau verraten könnte. Überdies machte Wenzel Macoch dem Bruder Vorwürfe, weil er ihn mit seiner Geliebten verheiratet habe. Über das Treiben im Kloster machte Macoch folgende Angaben: Die Kirche in Czestochau erhielt hohe Summen als Botsspenden, doch wurde nur ein Bruchteil davon von den Mönchen abgeführt. Viele von ihnen legten sich aus diesen Spenden große Ersparnisse zurück und führten davon, wie Macoch selbst, ein verschwendliches Leben. Die echten Edelsteine an den Gewändern und an der Krone des Marienbildes wurden nach und nach von den Klostergeistlichen durch Imitationen ersetzt. Nach dem Vorhört wurde Macoch

Grosserer auf einer englischen Werft. Aus Barrow in Furness wird gemeldet: Durch einen Brand auf der hiesigen Werft von Bickers Sons and Maxim wurden außer anderen Gebäuden auch die Schiffsmaschinen-Baubüros mit vielen wertvollen Zeichnungen und Plänen vernichtet. Der Schaden wird auf 20 000 bis 30 000 Pf. Sterling ge-

52 Bergleute verschüttet. In einer Kohlengrube zu Starkville (Colorado) wurden durch eine Explosion 52 Arbeiter eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind im Gange.

Die Waldbrände in Minnesota. Aus Winona wird gemeldet: Die Waldbrände in Minnesota haben allmählich die Grenze von Südoft-Manitoba erreicht. Die abgebrannte Fläche beträgt etwa 50 englische Meilen. Die Zahl der Opfer ist schwer zu schätzen. Hunderte werden vermisst. 5000 Personen sind obdachlos. Stark bedroht ist die Stadt Warren. Die Regierung stellte Extra-Brüge zur Verfügung, die von den Flüchtlingen genutzt wurden. Dabei wurden Frauen und Kinder zertritten. Nach einer Depesche aus Warren in Minnesota wird die Zahl der bei den Waldbränden umgekommenen Personen auf 400 geschätzt. Der Sachschaden soll hundert Millionen Dollars betragen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 2. bis 8. Oktober 1910.

Geburten

- a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

26. September. Eisenbahn-Assistent F. A. M. L. Papen-
hagen. Tischler F. Chr. U. Braeffe. 28. Kutscher R. Chr.
Glessing. 29. Kaufmann C. F. Chr. Meese. 30. Arbeiter
H. F. W. Kröger.

1. Oktober. Handlungsgehilfe C. H. Chr. Krüger. Kanz-
list bei der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte
C. H. F. Fischer. Schlosser F. A. B. Schmidt. Tischler C.
F. G. H. Hinck. 2. Privatter R. H. G. Walter. 4. Buch-
drucker F. H. B. Klewe. Lehrer H. W. G. J. Schmidt. 5.
Buchhalter H. C. F. Grabe. Parkettleger F. H. G. Etler.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

27. September. Mechaniker H. W. H. Schuppenhauer.
Arbeiter G. Stocker. 28. Arbeiter C. J. J. J. Risch. Buch-
drucker F. Chr. F. H. H. Jesse. 29. Kutscher F. F. C. Otto.
Arbeiter H. B. Jacobs. 30. Böttcher W. Chr. R. W. Wich-
mann. Uhrmacher C. A. Th. Seidel. Arbeiter F. H. D.
Andersen.

1. Oktober. Arbeiter O. Th. H. Bernier. 2. Arbeiter
F. H. F. Moor. Monteur F. A. F. Meyer. 3. Formier F.
E. W. Wohlers. Straßenbahn-Wagenführer C. H. J. W.
Loof. Arbeiter F. G. F. Möller. 4. Hausdiener H. F. W.
Glanert. 5. Bahnarbeiter F. Buhloff (Zwillinge). Maurer
J. F. H. Herzog. 7. Maurer H. J. Chr. Schröder.

Augeordnete Ausgebote

3. Oktober. Spediteur gehilfe H. H. B. Kunkt und A.
A. W. Böhme. Geschäftsrreisender P. Lautigen und die
Witwe C. D. C. Schlichting geb. Höppner. 4. Schlosser F.
F. L. E. Hübbe und M. F. H. E. Heuck, beide in Malchin.
5. Arbeiter R. F. A. Peuser und die geschiedene F. P. E. F.
A. Taug geb. Czerwinski. Arbeiter C. O. Henkel und F. A.
Jensen, beide in Bremen. Postassistent C. J. E. B. Schulz
in Rughaven und C. D. Schnohr in Hohenwestedt. Vize-
feldwebel A. W. Ebeling und F. H. Schlotfeld in Trav-
emünde. Restaurateur F. H. F. Schröder und C. M. F.
Dankert in Nieder-Büssau. 6. Kaufmann F. A. H. Bruns
in Stockelsdorf und C. C. C. Behrens in Donnerschleuse.
Schmied E. B. F. Schnauer in Harburg und A. C. M.
Fischer. Arbeiter H. F. W. Bruhns, und die Witwe C. F.
Giebelstein geb. Rogge. Lehrer W. A. G. Krüger und F. H.
Rahe. Schlosser H. F. F. Klutas und A. C. Klagemann.
Schlosser H. F. C. Glawe und M. C. C. Karsten. 7. Kauf-
mann F. G. H. von der Heide in Villentamp und B. A. C.
Schlüter. Arbeiter H. F. C. Evert und M. Janowski.
Feldwebel H. C. W. Stark und C. S. F. Beutin. Meter
H. H. W. Eichhof und A. M. M. Graack. Drogist F. F.
C. Dorendorf und C. F. W. Hohenschildt. Schlosser F. H.
D. Meyer und B. G. C. Hansen. Versicherungsbeamter W.
F. C. H. C. Müller und M. S. R. Martens. Musiker C.
F. C. H. C. Mitschke und A. M. R. Braack, beide in Hamburg.
Böttcher F. H. F. Johnsen in Kashagen und M. D. Nagel.
Arbeiter H. H. Becker und A. D. H. Noack, beide in Ham-
burg. Schlosser W. C. H. A. F. Krüger in Leezen und M.
D. F. L. Schröder in Malchin. 8. Bureau gehilfe beim
Polizeiamt E. H. F. Koop und C. M. D. Bierfreund.
Schuhmann C. F. W. Brede und C. A. L. Mau. Arbeiter
H. F. A. C. Limm und C. C. M. Glasen. Musiker D. H.
W. Macke und A. A. M. Beckmann in Oster.

Schließung

3. Oktober. Seemaschinist H. W. H. Wohlers und C. F. M. Oldenburg. 4. Landmann F. W. J. G. J. Babel und A. B. M. Ende. Expedient F. H. J. Hormann und L. D. Hansen. Bureaubeamter F. J. H. Lehmann und A. M. M. Hoffmann. Modellschüler F. Esser und C. A. M. W. Albrecht. Geschäftstreisender W. G. A. Markmann in Flensburg und C. J. A. Krämer. Zeichner F. H. F. Dobberlin und C. C. F. Müller in Buschmühlen. 5. Bureaugehilfe H. W. A. Meyer und A. D. E. Michaelis. Zollsekretär P. Thannheuser und W. H. M. Osterhof in Neustadt i. H. 6. Schneider F. H. W. Oldörp und M. G. L. Granz. 7. Telegraphenarbeiter C. H. F. Neumann und A. W. F. Rebien. Buchdrucker F. C. A. L. Heise und B. A. E. Krüger. Musiker A. A. H. Dams und H. A. M. Walder. Kaufmann A. C. F. Jepsen und M. P. E. Schmidt. Straßenbahnwagenführer R. F. Lange und M. L. E. Küding in Klein-Sarau. Maschinenflosser A. A. W. Nah und A. C. M. Bloes, Hallenaufseher am Schlachthof F. W. G. Ritter und D. H. F. Ochs. Zimmermann C. F. H. Schumann und C. E. A. W. Warnke. 8. Buchhändler F. C. Koch in Segeberg und A. M. C. E. Lau. Elektromonteur F. P. R. E. Beck in Rücknig und M. A. E. Scheel. Schuhmann W. F. M. Bünting und A. M. Höppner. Bankbeamter H. H. C. Lamp in Neubrandenburg und die geschiedene F. H. C. Roos geb. Bergeon in Halle a. S. Prokurst H. F. M. Lubeseder in Segeberg und C. C. E. D. Schneider. Kranführer C. H. E. Gerlens in Rücknig und W. D. A. F. E. Sterly. Bildsternmacher C. C. F. A. Grandt und F. E. A. P. C. Liemann. Arbeiter H. H. F. Blöß und die geschied. M. M. E. Röder geb. Voss. Bureaugehilfe J. J. A. Schnecke und C. M. E. Meyer. Tapezier und Decorateur F. A. P. F. Niekischmann und M. F. A. Rogalski. Bankbeamter F. W. C. Manegold und M. M. D. H. Schmidt. Photograph F. W. A. von Rein und P. Lemmermann. Maschinenflosser H. C. H. Ehlers und M. G. Denker. Maschinenmeister C. Durad und A. Metereit. Bäcker W. H. R. Stoch und M. H. F. Haase. Arbeiter F. H. A. Heckmann und C. G. M. D. Bliesert. Kutscher H. A. W. Reink und A. L. C. Haase in Suckow. Eisenbahn-Diktator F. P. Lorenzen und C. M. C. E. Ohlsson. Kaufmann W. E. C. G. L. Schmoldt und C. A. M. Steen. Buchdrucker H. C. Vogt in Hamburg und M. L. M. Langhoff.

Sterbefälle.

1. Oktober. W. J. geb. Stielow, Chefrau des Arbeiters
G. L. G. Malon, 62 J. (Stockelsdorf). 2. Dorf Chr. M.
Wiese, 19 J. D. C. W. geb. Rohde, Witwe des früheren
Fabrikbesitzers J. J. Chr. Baap, 62 J. M. C. H. Maas,
22 J. 3. A. J. W. Barthels, 10 M. Oberstleutnant a. D.
C. H. Eggers, 58 J. A. L. M. Reinhardt, 1 M. C. E.
M. geb. Steder, Witwe des Tischlermeisters C. Chr. R. D.
dag, 73 J. H. H. C. Menz, 9 M. B. C. M. geb. Klein,
Chefrau des Arbeiters C. J. H. Gruse, 26 J. C. D. W.
Hink, 4 J. 4. Rutschter G. A. Fr. Biethen, 46 J. M. D.
H. Nehlsen, 19 J. W. R. H. Sut, 6 M. Arbeiter J. J.
W. J. Biermann, 82 J. J. D. G. geb. Burmeister, Che-
frau des Maurergesellen O. J. Albrecht, 64 J. D. Q.
M. Kiente, 2 M. Früherer Tischlermeister J. W.
Wangler, 82 J. B. geb. Lüdke, Chefrau des Schmieds
W. B. Wendt, 35 J. (Bödden). 6. Ein Knabe, 9 J.
W. Arbeiter R. F. C. Stumm, 7 J. W. von Hansen
4 M. J. M. M. Harnau, 1 M. D. S. Wohl, 10 J.
G. M. C. geb. Mels, Chefrau des Tischlermeisters Jochim
Schmidt, 80 J. Bäcker H. C. Witte, 60 J.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lüning.
Verleger: E. Schwartz. Druck: Friedr. Menzer, Görlitz im Suden.

Nonnen, sowie der Kongregationen, also Schließung aller geistlichen Schulen. 8. Einführung eines Städteregisters für Geburt, Heirat und Tod. Die kirchliche Trauung wird in das Ernennen des einzelnen gestellt. 9. Vollständige Trennung von Kirche und Staat. Einführung des Laienunterrichts. 10. Verfolgung einer Finanzpolitik, die den Kredit des Landes wieder hebt." Das Programm der Republikaner bedeutet nicht nur eine Umgestaltung der ganzen Staatsverfassung mit ihren überlieferten Einrichtungen, sondern auch eine Umwertung aller staatlichen, kirchlichen und erziehlichen Begriffe. Man vermisst darin allerdings die Forderung der für die Arbeiter so notwendigen Sozialpolitik.

Das Amtsblatt der neuen Regierung veröffentlichte gestern den auf dem alten portugiesischen Gesetz beruhenden Erlass über die Ausstellung der Mitglieder der der Gesellschaft Jesu und aller Mitglieder der religiösen Kongregationen fremder Nationalität. Die portugiesischen Mitglieder der Orden, die aus diesen austreten, werden zu ihren Familien zurückkehren, die übrigen werden Portugal verlassen. Die Feststellung, welcher Nationalität jeder einzelne angehört, liegt in den Händen des Ministers selbst. Die Pfaffen versuchten, sich ihrer gewaltsamen Entfernung zu widersetzen. Dabei kam es zu Zusammenstößen, aus denen die Presse der Bourgeoisie gleich Plünderungen der Stadt und eine Herrschaft des Straßenpöbels über Lissabon zusammenphantasiert. Der Schwund stiekt diesen ebdn Organen eben im Blut.

Dass man in der früheren Regierung eine Revolution erwartete und einen Staatsstreich beabsichtigte zu haben scheint, ergibt sich aus folgender Meldung. Der Madrider "Imparcial" meldet aus Lissabon: "Die neue portugiesische Regierung hat das Geheimarchiv der früheren Regierung unter Siegel gelegt. In dem Bureau des früheren Ministerpräsidenten wurde der von dem König Manuel bereits unterzeichnete Staatsakt gefunden, wonach am 10. Oktober die Cortes gewaltsam geschlossen, die Verfassung suspendiert und das Land bis zur Wiederherstellung der Ruhe unter die Herrschaft einer Militärdiktatur des Generals Pedro Costa gestellt werden sollte. Das sensationelle Dokument soll zur Rechtfertigung des Vorgehens der Republikaner veröffentlicht werden."

Der flüchtige Manuel Braganza, früher König von Portugal, sucht die Welt durch ein Schreiben zu erhalten, das jetzt veröffentlicht wird. Wie das Neutreiche Bureau aus Gibraltar meldet, schickte König Manuel vor dem Verlassen des Landes dem Ministerpräsidenten einen eigenhändigen Brief, in dem er erklärt, dass er durch die Umstände gezwungen werde, sich einzuschiffen und seinem Volke zu sagen wünsche, dass er sich nichts vorzuwerfen habe. Er habe immer als guter Portugiese gehandelt und immer seine Pflicht getan. Er würde stets ein Portugiese bleiben. Von ganzem Herzen hoffe er, das Land werde ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen und werde seine Gefühle verstehen. Seine Abreise stelle keineswegs einen Akt der Abdankung dar. Was denn sonst?

Den Hafenhäfen ist daher streng fernzuhalten.

Am Staatssteuern und Abgaben gingen beim heutigen Steuerbüro im Monat September ein: Einkommensteuer 44 261,81 Mk., Wertzuwachssteuer 3 688,- Mk., Grundsteuer 8 969,45 Mk., Eisenbahnsteuer 971,80 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 47 078,69 Mk., Veräußerungsabgabe 29 495,42 Mk., Stempelabgaben 11 257,10 Mk., Schiffssabgaben 42 889,84 Mk., zusammen 187 986,11 Mk., gegen 142 861,40 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 1910 mehr 45 124,71 Mk. Von 1. April bis Ende September gingen insgesamt 2 540 083,74 Mk. ein gegen 2 237 729,60 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahrs; mithin 1910 mehr 302 274,14 Mk.

Gewerbeschule. Im Winterhalbjahr 1910/11 beginnt der Unterricht am Montag, dem 17. Oktober. Für die Lehrlinge, welche im Sommerhalbjahr 1910 die Schule besuchten, bedarf es einer Anmeldung nicht. Sie haben zu den im Sommer-Stundenplan festgesetzten Zeiten zum Unterricht zu erscheinen. Neu eintretende Lehrlinge oder solche, welche die Gewerbeschule nur im Winter besuchen, sind durch die Lehrherren in der Zeit vom 10. bis 15. Oktober vorm. von 9 bis 12 Uhr und nachm. von 8 bis 8 Uhr anzumelden. Der Unterricht findet für alle Lehrlinge im Gewerbeschulhause, Domkirchhof 8/4, statt.

Ein neues Polizeiverwaltungsgebäude soll in Lübeck mit einem Kostenaufwande von 1/4 Millionen Mark errichtet werden. Das Finanzdepartement hat gegen dieses kostspielige Projekt keinerlei Bedenken geäußert. Den geplanten Kosten der Räumlichkeiten ist übrigens von einem derartigen Plan bisher nichts bekannt geworden. Die Mittel davon wurde sonderbarerweise zunächst im St. Lorenz-Verein gemacht, in dem allerdings einflussreiche Leute vertreten sind.

Der Ausbau der Straßenbahn nach dem Moislinger Baum ist, wie verlautet, nunmehr gesichert. Von Einwohnern ist eine jährliche Garantiesumme von 11 000 Mk. auf die Dauer von 5 Jahren dem Staat angeboten worden, die brennhaft durch notariellen Vertrag festgelegt werden soll. Wir haben die Führung der Straßenbahnlinie bis Moisling stets als eine Notwendigkeit bezeichnet und begrüßen es deshalb, dass diese Forderung weiter Bevölkerungskreise nunmehr erfüllt wird.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat September 1910. Befördert sind: 1910 559 184 Personen, 1909 524 035 Personen, mehr 35 149 Personen. Eingenommen sind: 1910 54 898,66 Mk., 1909 50 276,64 Mk., mehr 4 117,02 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1910. Befördert sind: 1910 8 497 649 Personen, 1909 8 308 198 Personen, mehr 189 451 Personen. Eingenommen sind: 1910 888 667,88 Mk., 1909 820 184,68 Mk., mehr 18 483,20 Mk.

Wiederholung abgelehnter Invalidenrente-Anträge. Nach dem Invalidenversicherungsgesetz ist die Wiederholung eines Antrages auf Bewilligung einer Invalidenrente, der wegen Fehlens dauernder Erwerbsunfähigkeit endgültig abgelehnt worden war, vor Ablauf eines Jahres nur dann zulässig, wenn bescheinigt wird, dass inzwischen Umstände eingetreten sind, aus denen sich das Vorhandensein der dauernden Erwerbsunfähigkeit ergibt. Zu dieser Vorschrift hat sich das Reichs-Versicherungsamt kürzlich wie folgt geäußert: Nach dem Wortlaut scheint sich diese Bestimmung allerdings nur auf die Fälle zu beziehen, in denen ein wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit erhobener Anspruch abgewiesen worden ist. Der § 180 des Invalidenversicherungsgesetzes hat aber den Zweck, unnötige Belästigungen der mit den Rentenansprüchen befassten Behörden zu verhindern und zu vermeiden, dass Rentenanträge, die vor kurzem wegen noch nicht vorliegender Erwerbsunfähigkeit abgewiesen worden sind, alsbald wiederholt werden. Demzufolge wird die Bestimmung auch anzuwenden sein, wenn der Rentenbewerber abgewiesen worden ist, weil Erwerbsunfähigkeit noch nicht vorgelegen hat, und zwar weder dauernd noch vorübergehend. Dem Rentenbewerber muss der Nachweis überlassen bleiben, dass inzwischen eine Verschlimmerung eingetreten ist und nunmehr Erwerbsunfähigkeit besteht. Führt er den Nachweis, dann ist ihm das Recht nicht verneint, in den Genuss der Krankenrente auch innerhalb des auf die erste Ablehnung folgenden Jahres zu gelangen. Die Krankenrente wird bekanntlich den noch nicht dauernd erwerbsunfähigen Versicherten gewährt, welche mindestens 26 Wochen hindurch ununterbrochen erwerbsunfähig gewesen sind.

Handelsregister. Am 7. Oktober 1910 ist eingetragen: 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma: Nordische Kunstanstalt Ernst Schmidt u. Co. in Lübeck; E. B. F. Schmidt in Lübeck ist aus der Gesellschaft ausgeschieden; 2. bei der Firma: Heinrich Kohls jr. in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Glücklich gelandet ist der Ballou "Lübeck", über dessen Verbleib gestern morgen noch keine Nachrichten vorlagen, am Sonntag abend gegen 10 Uhr in der Nähe von Wronowizk in Polen.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem bei ihm in Pflege befindlichen 11jährigen Mädchen verurteilte die hiesige Strafkammer am Sonnabend den Kontrolleur Ka. zu 2 Jahren Zuchthaus. Die Verhandlung fand unser Abschluss der Öffentlichkeit statt.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die Direktion des Hansa-Theaters hat sich entschlossen, jeden Freitag einen High-life-Abend zu veranstalten, um auch dem auswärtigen Publikum Gelegenheit zu geben, den Vorstellungen des Hansa-Theaters beizutreten zu können. An diesem Abend beginnt die Vorstellungpunkt 8 Uhr und endigt 12 Uhr, so dass die auswärtigen Theaterfreunde den letzten Zug bequem erreichen können. - Im heutigen Hansa-Theater wird, wie schon berichtet, das Ensemble des Berliner Thalia-Theaters unter Leitung der Direktoren Kren und Schönfeld vom 16. bis 31. Oktober mit dem Hauptslager dieser Saison, "Politische Wirtschaft" gastieren. Das Ensemble bringt die eigenen Kostüme und Dekorationen mit. Die Musik zu dem lustigen Werk ist von Jean Gilbert, dem außerordentlich erfolgreichen Komponisten der "Kenschen Susanne", welche Operette gerade jetzt an zahlreichen ersten Bühnen mit stürmischen Erfolg aufgenommen worden ist. Vorstellungen für dieses interessante Gastspiel werden bereits von heute an entgegengenommen.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch geht außer Abonnement bei kleinen Preisen die große Bühne mit Gesang und Ballett "Lumière à la gau- bounus" oder "Das niederkirchliche Kleedeklett" von Nestroy in neuer Cinstudierung in Szene. In größeren Rollen sind die Damen Wilhelmine, Walter, Thorberg, Bosz, Schering, Gerlach, Müller, sowie die Herren Fuchs, Hendeler, Brodowski, Mennéder, Brunow, Taube, Stahl-Nachbaur, Albert Scholz und Elmar beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Fuchs, die musikalische Leitung hat Herr Mahler. Am Donnerstag gelang Erfolg einer großen Oper "Aida", welche einen so glänzenden Erfolg erzielte, zur nochmaligen Aufführung.

Stadthalletheater. Man schreibt uns: Am Donnerstag, abends 8 Uhr, gelang die Groteske "Der Herr Verfeindiger" von Molnar und Hahn, welche im Neuen

Stadttheater mit so großem Beifall aufgenommen wurde, zur Aufführung.

Segeberg. Gegen den Fleischwucher. Eine öffentliche Versammlung fand hier statt. Thema: Fleischsteuer und Kaiserreden. Als Referent war Redakteur G. Adler-Kiel erschienen. Redner fand für seine trefflichen Ausführungen lebhafte Beifall. Die Versammlung war gut besucht.

Hamburg. Die Hamburger Werftarbeiter haben am Sonnabend in einer von rund 5000 streitenden Werft- und Metallarbeitern betroffenen Versammlung für die Annahme der Vereinbarungen gestimmt, und zwar mit 2752 gegen 2178 Stimmen. Heute soll die Arbeit auf den Werften wieder aufgenommen werden mit Ausnahme der Betriebe der Hamburg-Amerika- und der Woermannlinie, die die allgemeinen Bedingungen nicht anerkannt haben. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis:

	für	gegen
Metallarbeiter	1678	1475
Fabrikarbeiter	218	206
Schiffszimmerer	340	115
Heizer, Maschinisten	133	92
Holzarbeiter	155	106
Maler	15	3
Schmiede	218	286

Von den Kupferschmieden, die in ihrer Mehrzahl ebenfalls für Aufnahme der Arbeit stimmt, war das genaue Resultat nicht zu ermitteln. Die Transportarbeiter enthielten sich der Abstimmung.

Kiel. Die ausgesparten Werstarbeiter stimmt gestern vormittag über die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Abgegeben wurden 1978 Stimmen mit "Ja" und 1186 mit "Nein". Die Majorität für die Wiederaufnahme der Arbeit beträgt demnach fast 500 Stimmen. Das Stimmenverhältnis stellt sich wie folgt:

Metallarbeiter	894 Ja	748 Nein
Schiffszimmerer	71	39
Holzarbeiter	54	56
Schmiede	95	101
Bauhilfsarbeiter	9	12
Fabrikarbeiter	93	91
Transportarbeiter	60	117
Heizer und Maschinisten	35	1

Zur einstimmigen Annahme gelangte jedoch folgende Resolution: "Die am 10. Oktober versammelten Werstarbeiter Kiel erklären, dass die bei den zentralen Verhandlungen erzielten Zugeständnisse der Werftbesitzer durchaus nicht befriedigend, das insbesondere bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit die Erwartungen der Arbeiter nicht erfüllt sind. Die Versammlung befürwortet jedoch in Abbruch der ganzen Verhältnisse, das Angebot als Abschlagszahlung zu akzeptieren und die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Versammelten erwarten von der örtlichen Verhandlungskommission, dass diese alles aufstößt, um den zum Ausdruck gebrachten Wünschen der Arbeiter Anerkennung zu verschaffen." Die Arbeit wird heute beziehungsweise morgen auf den einzelnen Werken wieder aufgenommen.

Flensburg. Zur Fleischsteuerung. In die Seequarantäne Flensburg wurden in voriger Woche 167 Stück Kindvieh aus Dänemark eingeführt. Bei der Tuberkulinspektion reagierten 54 Stück, ein sehr hoher Prozentsatz. Merkwürdigweise reagierten meistens die besten Tiere. Die für frisch befindenen Tiere mussten auf dem Wasserwege wieder ausgeführt werden. Man brachte sie nach Flensburg. Dort wurden sämtliche 54 Tiere unter amtlicher Aufsicht geschlachtet und das Resultat ist: das Fleisch von 52 Tieren erhielt den amtlichen Stempel: 1. Qualität. Nur ein Tier erhielt den Stempel: 2. Qualität. Auf diese Weise wird das Schlachtvieh von Deutschyland ferngehalten und die Fleischpreise steigen weiter. Beendet der Brauereiarbeiterstreik in Flensburg. Nach 22 wöchentlicher Dauer ist der Streik der Brauereiarbeiter in Flensburg beendet. Die Brauunternehmer in Flensburg, welche unter Hinweis auf eine notwendige Erhöhung der Löhne der Arbeiter seinerzeit den Bierpreis weit über die Belastung durch die Brauseuer erhöhten, und zwar pro Hektoliter um 5 Mk., lehnten jedes Entgegenkommen ab, als nachher die Arbeiter bei Ablauf des Tarifs ihre Forderungen einrichteten. Diese Geschäftspolitik trieb die Arbeiter zum Kampf. Eine Anzahl der Streikenden hatte Flensburg verlassen. Aber auch die Unternehmer haben einen großen Schaden durch die Konkurrenz erlitten; sie werden wohl kaum ein zweites Mal, gestützt auf den Arbeitgeberverband für Schleswig-Holstein, einen solchen Kampf beginnen.

Die Friedensbedingungen sind: Erhöhung des Lohnes um 50 Pf. bis 2 Mk. pro Woche, Urlaub ohne Lohnabzug von 2 Tagen bis eine Woche jährlich, Bezahlung des nicht genossenen Haustruktes mit 16 Pf. pro Liter und sonst noch kleine Verbesserungen. Ein Teil der Streikenden wird sofort eingestellt, die übrigen noch vorhandenen später.

Tondern. Der fort schrittliche Wahlkreis Dernburg ist anderweitig besetzt worden. Am Sonntag wurde in Husum-Tondern, dem Schleswig-holsteinischen Kreis, den gegenwärtig Dr. Leonhardt vertritt, und der, da Leonhardt mandatmüde ist, für Dernburg reserviert werden sollte, das Hamburger Bürgerschaftsmitglied Rechtsanwalt Dr. Blunk als Reichstagabgeordneter aufgestellt.

Bremen. In sieben großen Versammlungen mit dem Thema "Knebelung statt Volksrechte" in welchen auch die Frauen stark vertreten waren, protestierte gestern die bremerische Arbeiterschaft gegen die von den Reactionären verlangten Ausnahmegesetze. In allen Versammlungen wurde der am Sonntag von der Berliner Arbeiterschaft angenommene Resolution einstimmig angenommen. Zur Werftarbeiterbewegung. Hier ist gestern kein Arbeit in die Betriebe gegangen, auch seitens der gelden und christlichen Verbände nicht! Lediglich einige über 50 Jahre alte Arbeiter ließen die Streitposten valutieren. Dienstag nachmittag soll in einer allgemeinen Werftarbeiterversammlung Stellung genommen werden. Die Erregung über die unzulänglichen Zugeständnisse ist hier allgemein. Es darf deshalb als fraglich gelten, ob die Arbeiter den Hamburger Beichlüssen zustimmen werden.

Oldenburg. Landtag einberufen. Der Landtag ist durch einen vom 5. Oktober in Lübeck datierten Erlass des Großherzogs auf den 8. November einberufen worden. Die Dauer der Versammlung ist bestimmt bis zum 22. Dezember einschließlich. Von der Staatsbibliothek öffentlichen "Gleichberechtigung". Das größte mögliche Amt Oldenburg vertritt dem zum Gemeindechef in Oldenburg gewählten Sozialdemokraten Bildhauer Siegert die Besetzung. Der Gemeinderat beschloss Beschwerde beim Ministerium einzulegen. Man sieht die herrschenden Kreise und sich in Nord und Süd gleich!

Theater und Musik.

Neues Stadt-Theater. "Die Skandal", Schauspiel in 4 Akten von Henry Salvado. Nur ganz schwärmer.

Welche Fragen: Mußte es sein? Ging es nicht ohne diesen Skandal? Mußte hier Herr Bataille unbedingt eine so zweifelhafte Bataille schlagen? Haben wir keinen Richter unseres Volkes, mit dem das Publikum mindestens ebenso notwendig hätte bekannt gemacht werden müssen, wie mit diesem französischen Stern dritter Größe? War vielleicht der vielverhehlende Titel bestimmend, den das Stück dann nur, fast möchte man sagen, so nebenher rechtfertigt? Oder sollte diese Technik für etwas Phänomenales gelten? Oder gar die „Originalität“ angekündigt werden, mit der der Autor den nicht gerade originellen Vorwurf des Ehebruchs behandelt, halb in Miss-Carter-Manier, dann als brillanter Pathetiker um ganz plötzlich als Philosoph resigniert mit einigen tiefdringenden Alltäglichkeiten zu schlüpfen? Nur ganz schwärzeln: Mußte es sein?

Aber etwas wurde an diesem Abend geboten, was rückhaltlos erfreuen konnte: einige echte, glänzende Schauspielerleistungen. Vor allem die Charlotte Herviou des Fr. Goffe Bette. Sie allein schon bedeutete den Erfolg. Ihr ist die seltene Gabe verliehen, überzeugend zu wirken. Und wie sie hier die Gemütsqualen der Frau vorlebte, die durch einen Fehler sich in ein schwer entwirrbares Netz unheilvoller Folgen verstrickt sieht, mußte sie nicht nur ihre Kunst in der feinen Färbierung des Details, sondern auch die kraftvolle Gießerheit, mit der sie alle Einzelzüge zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen vermochte, wieder ins hellste Licht zu stellen. Auch Herr Grube konnte als Maurice Herviou in der Eleganz des vornehm-sympathischen Auftretens wie im Crescendo des entfesselten Bathos mit seinen bestechenden Mitteln brillieren. Von den übrigen Darstellern wären etwa

noch Herr Taube, der in der Rolle des Abenteurers Artaezo Beachtung erzwang, Herr Brunow als Präfekt wie der Gerlach als Mutter Herviou zu nennen. Die Regie verrichtet, daß Herr Fuchs sie handhabte.

Im Friedensengel. Von G. Koch. — Stimmen zur Fleischknot. Von H. G. Jenisch. — Von Magdeburger Partei. — Tag: Der Ausflug nach dem Harz. (Photographische Aufnahme.) — Ein Instrument der Agrarier. Von M. Engert. — Aus dem Werdegang eines preußischen Ministers. Von M. Banselow. — Ein Schmerzensschrei. Von G. Erk. — Auf zum Schuh der nationalen Arbeit. Von kleinen Schorschi.

Legt: General von Bissingens Körperschule. Von P. E. — Freundliche Ernährung. — Das dicke Fell. Von P. E. — Agrariers Danklied. Von Baldwin. — Der schweigsame Entfernung. Von Hermann Thurow. — Wie misst man die Entfernung im Weltraume? (Mit Illustrationen.) Von F. Lincke. — Ein neuer Anschlag auf die freie Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage.

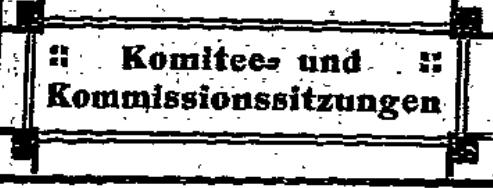
Vellage: Sven (Schluß). Von Otto Koenig. — Humorist. und Freiheitsdichter (Friedrich Stolze). Von Richard Wagner. — Frau von Sickingen und seine Burg (Mit Illustrationen). — Aus einer Lehrlingsstatistik. — Schatten. Von Emma Dötz. — Gedichte.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 21. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:

Bilder: Hochgefühle. Von H. G. Jenisch. — Rache ist süß. Von R. Wolf. — Aus der Zeit der Fleischknot. Von A. Marwet. — Vorsorglich. Von G. Koch. — Der Herr Philister (mit Gedicht). Von H. G. Jenisch. — Justizidyll. Von M. Engert. — Noblesse. Von C. Schilling. — Der

Für den Preissonds gingen ein:
Vom Dampfer „Trave“ durch W. M. 0,54 M.
Die Expedition.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schatz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.



Arbeiterinnen

gesucht.

Aug. Schumacher,
Gneisenaustraße 8.

Tüchtige

Arbeiterinnen

gesucht.

Heinr. Ihde Nachf.,
Sövferweg 68.

Ein langes schwarzes Winter-
jackett zu verkaufen
Wickelestraße 62.

Zu verkaufen ein halbjähriges
Ziegenlamm.

E. Schröder, Stockelsdorf.
Dasselbst auch gute Kartoffel zu ver-

Zu verkaufen
junge Legehühner
Wickelestraße 38.

503 vom Abbruch billige
Fleischhauerstr. 34.

Von der Lindenstraße, Woll bis
Düstere Querstr. ein Portemonnaie
mit Inhalt verloren, Abzug gegen
Belohnung. Düstere Querstr. 7.

Blumen u. Kinderkleider werden
billig angefertigt.
Heinrichstraße 36 II.

Feine Wäsche
wird sauber gewaschen u. geplättet.
Frau Hardt, Johannisstr. 55 II.

Prima
Magdeburger Sauerkohl
Salzgurken

sowie neue Hülsenfrüchte
empfohlen

Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59.
Fernruf 410.

Nächstes 2. Etage dasselbe.

Geschäft-Übergabe.

Einer werten Einwohnerschaft von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß die von meinem verstorbenen Manne lange Jahre innegehabte St. Gertrud-Brauerei durch Kauf an Herrn Friedr. Pagels übergegangen ist.

Zudem ich für das meinem verstorbenen Manne, sowie mir gütig geschenkte Beiträgen bestens danke, bitte ich, dasselbe in gleichem Maße auch meinem Nachfolger entgegen zu bringen.

Hochachtungswohl.

A. Hochbaum Wwe.

25. Oct. 1910.

Hiermit beehre ich mich anzugeben, daß die

St. Gertrud - Brauerei

(A. Hochbaum)

in meinen Besitz übergegangen ist. Ich werde eifrig bestrebt sein, den guten Ruf des Geschäftes zu erhalten und bitte, mir das gleiche Wohlwollen zu schenken, welches meinem Vorgänger lange Jahre in so reichem Maße zuteil wurde.

Hochachtend

Friedr. Pagels

in St. Gertrud - Nachfolger.

25. Oct. 1910. Schulstraße 8.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter

Fernsprecher 427.

Mühlenstraße 13.

Übernahme ganzer Beerdigungen.

Gutes Lager in Sägen, Fräsfäden, Metall-, Perl- u. Mattlängen.

Fräseküchen jeder Art.

* Billigste Preise.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 21 hat unter anderem folgenden Inhalt: Aus der Praxis des gesetzlichen Arbeiterschutzes für junge Arbeiter. — Der Wert. III. Von Gustav Esterlin. — Drei Freunde (Fortsetzung). Von Hermann Thurow. — Wie misst man die Entfernung im Weltraume? (Mit Illustrationen.) Von F. Lincke. — Ein neuer Anschlag auf die freie Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Vellage: Sven (Schluß). Von Otto Koenig. — Humorist. und Freiheitsdichter (Friedrich Stolze). Von Richard Wagner. — Frau von Sickingen und seine Burg (Mit Illustrationen). — Aus einer Lehrlingsstatistik. — Schatten. Von Emma Dötz. — Gedichte.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 21. Nummer des 27. Jahrganges im Umfang von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:

Bilder: Hochgefühle. Von H. G. Jenisch. — Rache ist süß. Von R. Wolf. — Aus der Zeit der Fleischknot. Von A. Marwet. — Vorsorglich. Von G. Koch. — Der Herr Philister (mit Gedicht). Von H. G. Jenisch. — Justizidyll. Von M. Engert. — Noblesse. Von C. Schilling. — Der

Für den Preissonds gingen ein:
Vom Dampfer „Trave“ durch W. M. 0,54 M.
Die Expedition.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.

Verleger: Th. Schatz, Druck: Friedr. Meyer & Co.

Sämtlich in Lübeck.

Nähmaschinen-Hinrichsen

Beckergrube 70.
Eröffnung 15. Oktober.
Arbeiter 10 % Rabatt.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt

J. H. Stools, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach
Gegenstände alter Art, als: Möbli-
lien, Koffer etc. im Lagerhaus und
Speditionsgeschäft Hinrichsen. 52.



General-Versammlung

am Mittwoch, den 19. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910.
2. Bericht über das Ergebnis der Werstarbeiterbewegung.
3. Genehmigung von Geldern aus der Lokalkasse.
4. Wahl eines Komitees zu dem am 30. ds. Mts. stattfindenden Ball.
5. Verschiedenes.

Ueberall erhältlich!

Allseitige Fabrikanten:
Jürgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Khld.).

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 12. Oktober 1910,

abends 8 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1910.
2. Bericht über das Ergebnis der Werstarbeiterbewegung.
3. Genehmigung von Geldern aus der Lokalkasse.
4. Wahl eines Komitees zu dem am 30. ds. Mts. stattfindenden Ball.
5. Verschiedenes.

Die Vertrauensleute werden ersucht, die Werkstättenfragekarte in der Versammlung abzuliefern.

Die Ortsverwaltung.

N.B. Die an der Aussperrung oder Streik beteiligt gewesenen Kollegen werden ersucht, soweit sie ihre Kontrollkarte noch nicht abgeliefert haben, dieses unverzüglich bis Donnerstag, den 13. d. M. zu erfüllen. — Die Auszahlung der Unterstützung findet Sonntag vormittag von 9-12 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Dilettanten - Klub „Freiheit“.

Großer theatralischer Abend

am Donnerstag, dem 13. Oktober 1910,

im „Konzerthaus Flora“, Nebenhofstraße.

Zur Aufführung gelangt:

1. Herr und Slave. Trauerspiel in 2 Akten.
2. De Angelus. Blaudeutscher Schwanz in 2 Akten.

Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang präzise 8 1/2 Uhr.

Eintritt 30 Pf. Programm frei. Kinder die Hälfte.

Das Komitee.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 12. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Bei kleinen Preisen!

Der böse Geist

Lumpaci vagabundus.

oder: Das lieberliche Kleebatt.

Gr. Posse mit Gesang v. Nestron.

Donnerstag, 13. Oktober. 7 1/2 Uhr.

Rob. Kohlmarkt 13.

Aida.

von Verdi.